

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,00 Mk., wöchentlich 30 Pf. frei im Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit Illustration 10 Pf. Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 1,50 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2,60 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheint täglich.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehobene Spaltenzeile oder deren Raum 60 Pf., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 20 Pf. (zweifach 2 festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenanzeigen und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Donnerstag, den 17. August 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

An der Schwelle des dritten Kriegsjahres.

Ein ungehaltener Vortrag von Ed. Bernstein. II.*

Nicht vor Sonnenaufgang, vor einem Sonnenuntergang sahen sich nun die Völker Europas. Das Tageslicht des Friedens begann zu sinken. Die Note Oesterreich-Ungarns an Serbien vom 23. Juli 1914 stellte eine Reihe von Forderungen an das kleine Nachbarland, für die sie bedingungslos Annahme innerhalb 48 Stunden verlangte. Ueber die Natur und Berechtigung der Forderungen will ich mich hier nicht äußern. Es genügt, daran zu erinnern, welchen Eindruck die Note machte. Ein Aufruf des Parteivorstandes der Sozialdemokratie Deutschlands vom 23. Juli forderte die Genossen im Lande auf, sofort in Massenversammlungen den „unerlöschlichen Friedenswillen des Klassenbewußten Proletariats“ zum Ausdruck zu bringen. Dieses fordere gebieterisch von der deutschen Regierung, daß sie ihren Einfluß zur Aufrechterhaltung des Friedens ausbreite und, falls es doch zum Kriege komme, sich jeder kriegerischen Einmischung enthalte. Noch schärfer drückten sich die Absporgane der Sozialdemokratie aus, und in den nun allerorts veranstalteten Protestversammlungen fand der Aufruf des Parteivorstandes bei den Rednern wie bei den sich drängenden Arbeitern lebhaften Widerhall. Aber Worte, so wichtig sie auch klingen mochten, konnten das Verhängnis nicht aufhalten. Der Note folgte am 25. Juli der diplomatische Bruch Oesterreich-Ungarns mit Serbien und diesem am 28. Juli die Kriegserklärung. Sie wurde von Rußland mit der Mobilmachung beantwortet, die von Oesterreich-Ungarn nicht unerwidert blieb. Am 31. Juli forderte Deutschland in einem Ultimatum an Rußland von diesem Entmilitarisierung und erklärte ihm, als es in der gestellten Frist keine Antwort erhält, am 1. August den Krieg. Am 2. August wird Luxemburg von deutschen Truppen besetzt, an Belgien ein Ultimatum gerichtet, das für die deutschen Truppen freien Durchmarsch verlangt, am 3. August an Frankreich, das auf eine Anfrage über seine Stellungnahme eine bindende Antwort verweigert hatte, der Krieg erklärt. Am 4. August morgens rücken deutsche Truppen entgegen der Weigerung Belgiens in belgisches Gebiet ein, und am 4. August abends erklärt England, da Deutschland die von diesem geforderte Maßnahme des Vorgehens gegen Belgien ablehnen zu müssen erklärt, sich mit Deutschland im Krieg. Der seitdem auf andere Kontinente ausgebreitete europäische Krieg war da.

Ueber die Frage, welche von den Mächtegruppen die Schuld oder Hauptschuld an ihm trägt, wird noch heute so heftig gestritten, als am ersten Tage. Und nicht mit Unrecht. Kriege sind keine Naturereignisse, die ohne bewußtes Eingreifen der Menschen eintreten. Mögen sie noch so sehr durch bestimmte soziale und politische Zusammenhänge sachlich auf die Tagesordnung gesetzt sein, immer bedarf es der Tat bewußt handelnder Menschen, bis sie zur Tatsache werden. So ist es verständlich, daß sich bei ihnen die Frage einstellt, wo die Verantwortung für die entscheidende Tat liegt, wer sie begangen und wer sie verursacht hat. Von der Beantwortung dieser Frage wird nicht nur die Stellungnahme zu ihnen, sondern auch das Urteil über die Kriegsziele bestimmt werden. So hat in unserem Fall Herr von Bethmann Hollweg wiederholt bei Erklärungen über seine mutmaßlichen Friedensforderungen auf Vorgänge bei Kriegsbeginn zurückgegriffen, das gleiche ist von Seiten der Staatsmänner der Gegenseite geschehen, und ebenso begründen die Sozialisten Frankreichs wie auch andere ihre Haltung im Kriege mit Hinweisen auf dessen Herbeiführung. Die Frage hat also durchaus auf ernsthafte Prüfung Anspruch.

Gründe verschiedener Art veranlassen mich jedoch, sie nicht bei dieser Gelegenheit zu untersuchen. Wer sich über sie zu unterrichten sucht, findet unter anderem ein reiches Material in den Weiß-, Blau-, Gelb- und so weiter Büchern der verschiedenen Regierungen über den Krieg. Gewiß sagen die einzelnen Regierungen darin nicht alles, was gesagt werden müßte, jede sucht natürlich ihre Sache so günstig wie nur möglich hinzustellen und verschweigt manches, was das Bild anders gestalten könnte. Aber jede kontrolliert auch bis zu einem gewissen Grade die andere, so kann der Leser, der diese vom Verlag des „Vorwärts“ in handlichem Format herausgegebenen Dokumente mit kritischem Auge liest und vergleicht, doch sich ein Urteil bilden, das mindestens die Wahrscheinlichkeit für sich hat, das Richtige zu treffen.

Es würde sich übrigens vielleicht auch empfehlen, daß der Verlag des „Vorwärts“ den Abschnitt „Das Deutsche Reich und der Weltkrieg“ des neuesten Bandes seines Internationalen Jahrbuchs für Politik und Arbeiterbewegung, soweit er die Vorgänge bis zum 4. August 1914 einschließlich behandelt, in Sonderausgabe veröffentlichte. Dort werden nämlich die wichtigsten Notizen und Berichte aller Regierungen der Zeitfolge nach gewissermaßen Tag für Tag gegeben, und das erleichtert natürlich die Vergleichung ungemein. Soweit die Zeit bis zur Reichstags-Sitzung vom 4. August 1914 in Betracht kommt, ist meines Erachtens die Zusammenstellung dieses

Jahrbuchs die beste, sachlichste Arbeit über diese verhängnisvollen Tage, die in deutscher Sprache bisher erschienen ist. Bei dieser Gelegenheit kann ich eine beiläufige Bemerkung nicht unterdrücken. Die vorerwähnten diplomatischen Dokumente sind natürlich auch in anderen Ländern veröffentlicht worden. Aber während sie zum Beispiel in den Vereinigten Staaten von Amerika in Hunderttausenden von Exemplaren Verbreitung gefunden haben, sind sie bei uns, die sie doch direkt angehen, alles in allem in kaum ebensoviel Tausenden abgesetzt worden. Das stellt dem politischen Sinn unseres Volkes kein sehr hohes Zeugnis aus. Während man bei uns sich begnügt, über einen politischen Vorgang zu lesen, will der Amerikaner, der freilich durch die alle vier Jahre stattfindenden Präsidentschaftswahlen daran gewöhnt ist, daß die großen Fragen der Politik der Republik unmittelbar dem Volk zur Entscheidung unterbreitet werden, soweit dies irgend möglich ist, die Akten selbst sehen. Und das ist sicher das Richtige.

Unterstaatssekretär Zimmermann dementiert deutsche Friedensverhandlungen

Haag, 15. August. (Z. U.) Der „Daily Telegraph“ meldet aus New York vom Freitag: Dem Berliner Korrespondenten der „New York Times“ ist erlaubt worden, nach Amerika zu berichten, daß in Deutschland die Meinung Geltung habe, die Zeit für den Frieden sei noch nicht gekommen. Herr Unterstaatssekretär Zimmermann habe im Namen des auswärtigen Amtes den Korrespondenten ermächtigt, alle Nachrichten, daß irgendwie über den Frieden verhandelt werde, zu dementieren.

Herr Zimmermann sagte danach: Die Entente gebe sich der Illusion hin, daß sich ihre Aussichten nach den gegenwärtigen Offensiven verbesserten. Aber die Wilhelmstraße ist überzeugt, daß die eiserne Mauer im Westen nicht durchbrochen werden kann und daß neue Erfolge im Osten zu erwarten sind. Wir müssen abwarten, sagte Herr Zimmermann, bis die Illusion der Entente verloschen ist, und glücklicherweise sind wir bis dahin in jeder Beziehung vorbereitet. Die ausgezeichnete Ernte, die wir hatten, wird selbst die Engländer überzeugen, daß die Hungerblende keinen Erfolg hat. Herr Zimmermann sagte weiter, daß die Feinde Deutschlands für das furchtbare gegenwärtige Blutvergießen verantwortlich zu machen seien, da England unvernünftigerweise den Krieg ausbediene, indem es eine Hungerblende versuchte. Auf die Frage, ob er glaube, daß England alle seine Reserven in die gegenwärtige Offensive gebracht habe, antwortete Herr Zimmermann: Gewiß, und wir glauben, daß das ganze Gerede über weitere Millionen lediglich Gekwäsch ist. England hat seine Verbündeten stets zur Schlachtbank geführt, aber die englischen Verluste sind nun derart, daß sie die englischen Aussichten über die Fortführung des Krieges etwas mäßigen werden.

Englische Ablehnung der Kriegsziele des deutschen Nationalauschusses.

„Manchester Guardian“ beschäftigt sich in seinem Artikel vom 4. August mit Gernards Rede: Es ist unmöglich, von Frieden zu sprechen, solange Deutschland von Annexionen und Entschädigungen spricht. Das ist nicht bloß das überhebende Gerede der Extremen, wie die Rede Gernards, der zu den Gemäßigten gehört, beweist. Auch er sagt seinen Hörern, daß der Krieg nicht mit dem status quo ante enden kann. Belgien darf nicht von England abhängig sein. Das bedeutet, genau genommen, nichts. Aber Aeußerungen solcher Art werden oft mit Absicht gebraucht. Und die einzige Absicht, die man hier entnehmen kann, ist, daß es Belgien nicht gestattet sein soll, sich selbst zu beschützen, sondern daß es für Deutschland eine Straße an das Meer oder nach Frankreich hinein bleiben soll. Die wirkliche Gebiets-erweiterung soll im Osten erfolgen und es steht ganz im Einklang mit der Ansicht eines deutschen Staatsmannes über einen „ehrenvollen“ Frieden, wenn Gernard Rußland die Möglichkeit einer Entschädigung im Osten anbietet, das heißt natürlich auf Kosten von Deutschlands Verbündeten. Weder Rußland noch die Westmächte haben zu diesem Vorschlage etwas zu sagen. Wir werden es nicht ruhig hinnehmen, daß Polen und die Baltischen Provinzen mit über zehn Millionen Einwohnern dazu benutzt werden, Deutschlands Zwangs- heere aufzufüllen und ihm zu ermöglichen, mit verdoppelter Kraft über das, was von Europa übrig bleibt, herzufallen. Wir werden, solange wir Schiffe und Männer haben, nicht gestatten, daß, sei es durch Waffen oder unter dem Namen eines Bündnisses, der Balkan und die Türkei von Deutschland annektiert werden.

Die rumänischen Sozialisten gegen die Kriegsheker.

Bukarest, 16. August. (B. Z. B.) Die Sozialisten hielten gestern eine öffentliche Versammlung ab, in der sie gegen die kriegerischen Absichten der Föderalisten Verwahrung einlegten und die Regierung aufforderten, Maßnahmen gegen die Feuerung zu ergreifen. — Das Memorandum für ausländische Forderungen ist um vier Monate verlängert.

Asquith für das Frauenwahlrecht.

Rotterdam, 16. August. (B. Z. B.) „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet: Am Montag hat Asquith im Unterhaus mitgeteilt, daß er seine persönlichen Ansichten über das Frauenwahlrecht, dessen Gegner er früher war, geändert habe. „Daily News“ erfährt dazu aus guter Quelle, daß diese Erklärung eine Aenderung der Politik des Premierministers ankündigt. Das Blatt schreibt, Asquith habe im Kabinett erklärt, daß im Falle einer Wahlreform auch die Frauen das Wahlrecht bekommen müßten.

Die Lage der Arbeiter nach dem Kriege.

In der „Daily News“ entwirft der bekannte englische Sozialpolitiker Sidney Webb, laut der „Frankf. Ztg.“ ein äußerst dunkles Bild von der Lage der Arbeiter nach dem Kriege.

Er führt darin aus, daß jeder Versuch, die Löhne nach dem Kriege herabzusetzen, einen äußerst starken Widerstand erfahren werde, da die Lebensmittelpreise nach dem Kriege keineswegs wieder eine nennenswerte Verminderung erfahren würden. Die Frachten würden hoch bleiben, da der größte Teil der Schiffe fehlerhaft und Rohmaterial von den Zentralmächten verlangt würde. Wollene Kleidung bliebe teuer, Fleisch und Milch könnten eventuell bis zu Hungerpreisen getrieben werden, wenn erst Deutschland daran gehe, seine abgeschlachteten Rindviehherden wieder herzustellen und der amerikanischen Fleischfabrik wieder die Gefrierfleisch in den Händen halte. Brot werde kaum um mehr als um 1 oder 2 Pence fallen und niemals mehr auf den billigen Preis von 4 Pence heruntergehen. Und die hohen Abgaben für Zucker, Tee und Petroleum könnten auch nicht abgeschafft werden. Der offizielle Bericht über die Einstellung von Arbeitern in der Landwirtschaft spreche von Arbeitermangel und rate geradezu an, daß man landwirtschaftliche Arbeiter zwingen solle, zu den früheren ungenügenden Löhnen zu arbeiten. Am schlimmsten denke sich Sidney Webb die finanzielle Lage der Arbeiter, wenn erst nach dem Kriege die Ueberflunden hinwegfielen, und Weisse und Kinder, die jetzt durch ihre Arbeit einen nennenswerten Betrag zusetzten, nicht mehr, wie bisher, beschäftigt werden könnten. Andererseits hätten die Metallarbeiter mit großer Selbstverleugnung ihre Gewerkschaftsregeln aufgegeben und die Regierung habe „sich schwarz im Gesicht“ geschworen, daß alle diese Aufopferungen der Metallarbeiter später wieder gut gemacht werden und die alten Gewerkschaftsregeln wieder in Kraft treten sollten. Die Arbeitgeber lächelten jedoch geradezu über derartige Versprechungen, und machten absolut kein Geheimnis daraus, daß sie später jede Einmischung in ihre Fabriken verbieten würden und alle Vorteile, die der Krieg gebracht habe, nunmehr auch nach dem Kriege festhalten wollten. Sidney Webb sieht als einziges Mittel, dem zu steuern, daß den Gewerkschaften Rechte gegeben und die Arbeitgeber gezwungen würden, die Gewerkschaften als Organisationen durchaus anzuerkennen.

Gegen den Protektionismus!

Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht der „Avanti“ an herboragender Stelle einen Appell an die Sektionen und die Parteileitung der italienischen Sozialdemokratie, der offenbar eine offiziöse Auslassung und Willensfundgebung der Parteileitung darstellt. Der Aufruf knüpft an die Diskussion über die Pariser Wirtschaftskonferenz, die vor kurzem in den Spalten des „Avanti“ zum Ausdruck kam und bezeichnet sie als die Antwort der Partei auf die Ankündigung des Wirtschaftskrieges nach dem Friedensschluß. Die Diskussion sei zwar erschöpft, indessen sei es gut, nochmals daran zu erinnern, daß die Partei stets für den Freihandel eingetreten sei, wofür die vom Nationalkongress in Acona (26.-29. April 1914) angenommene Resolution der beste Beweis sei. Diese Tagesordnung betont in entschiedenster Weise die Gefahren der protektionistischen Politik, die eine Anhäufung der Konfliktsstoffe zwischen den Nationen im Gefolge habe, weist darauf hin, daß die Schutzzölle eine Bevorzugung der Arbeitgeber zugunsten der arbeitenden Bevölkerung bedeuten und fordert die Partei auf, in Anbetracht der bevorstehenden Erneuerung der Handelsverträge alle Kräfte anzuspannen, um die Pläne der kapitalistischen Kreise zu vereiteln und einen möglichst schnellen Abbau der Zölle herbeizuführen. Zu diesem Zweck solle im Lande eine Agitation organisiert und nötigenfalls die Hilfe des Internationalen Sozialistischen Bureaus angerufen werden. Heute nun, fährt der „Avanti“ fort, sei das Problem viel ernster und drohender als in jenen Tagen. Heute ist das längst Vorausgesehene und Gefürchtete Wahrheit geworden, und die Zukunft enthält neue furchtbare Drohungen. Solange die einzelnen Nationen oder Völkerguppen den Handelsverkehr durch Errichtung von Zollschranken zu hemmen suchen, muß in der Welt Haß, Groll und Zwietracht herrschen, Gefühle, die immer wieder zum Anlaß neuer Kriege werden. Das ist ein Problem, dessen Schwere kein Sozialist verkennen kann. Unsere Sektionen werden daher gut tun, sich ernstlich und methodisch damit zu beschäftigen. Daher sollen sie es nach den Werken und Aufsätzen, die in der sozialistischen Presse erschienen sind, studieren, um auch die Genossen dauernd darüber auf dem laufenden zu halten. Die so ertworbenen

* Siehe Nr. 222 des „Vorwärts“.

Kenntnisse müssen sodann im Proletariat verbreitet und in Versammlungen, Diskussionen, Konferenzen erörtert und weitergegeben werden, damit die Arbeiterklasse bereit sei für das Morgen, jenes Morgen, das die herrschenden Klassen ebenso gefürchtet wie das Gestern, jene goldene Zeit, die sie in vollen Zügen genossen haben. Das Proletariat, das man für unfähig halten, diese Probleme zu verstehen, wird, wenn es durch die sozialistische Schule hindurchgegangen ist, die hohe Bedeutung dieser Frage voll und ganz würdigen. Es ist daher eine dringende Pflicht der Partei, die Arbeiter schon jetzt dazu aufzufordern, ihre Stimme zu erheben und ihrer Meinung Ausdruck zu geben.

Das Problem des Zustandes nach dem Kriege, schließt der Artikel, dessen Lösung bereits in den geheimen Konferenzen und diplomatischen Konferenzen herantreibt, muß in die Öffentlichkeit hinausgetragen und vor der Arbeiterklasse anhängig gemacht werden, die die große Mehrheit der Bevölkerung bildet und die danach streben muß, daß ihr Interesse triumphiere über das der wenigen Privilegierten. (2)

Der französische Tagesbericht.

Paris, 16. August. (B. Z. B.) Amtlicher Bericht vom Dienstag nachmittag. An der Somme-Front lebhaftere französische Artillerietätigkeit in einigen Abschnitten nördlich des Flusses und in den Gegenden südlich von Vesles, Estrées und nördlich von Ebons. Südlich von Vesles wurde eine deutsche Ausklärungsabteilung durch Gewehrfeuer zerstört. Nördlich der Aisne drang eine deutsche Abteilung nach lebhafter Beschießung in einen kleinen französischen Vorsprung nordwestlich von Veulne ein. Ein fortwährender Gegenangriff warf sie wieder zurück. Auf dem rechten Maas-Ufer gestattete eine Reihe einzelner glänzender Handgranatengriffe den Franzosen, nördlich von Chapelle-St. Fine Teile der Front in 800 Meter Breite und 100 Meter Tiefe zu nehmen. Ein Gegenangriff, den die Deutschen zu unternehmen versuchten, scheiterte im Speerfeuer. Die Beschießung dauert ziemlich heftig in den Abschnitten von Fleury, Bazay und Chapitre an. Sonst war die Nacht überall ruhig.

Paris, 16. August. (B. Z. B.) Amtlicher Bericht von gestern abend. Außer ziemlich lebhafter Geschützfeuer südlich der Somme und auf dem rechten Ufer der Maas ist von der übrigen Front kein bemerkenswertes Ereignis zu melden.

Belgischer Bericht. Zeitweilig Geschützfeuer an der belgischen Front. Bei Steenstraete und Voefinghe Bombenwerferkampf.

Saloniki. Zeitweilig Gewehr- und Geschützfeuer im Abschnitt von Dojran. An der übrigen Front herrscht Ruhe. Die bei Dojran von den Franzosen unternommene Operation verläuft in normaler Weise.

Die englische Meldung.

London, 15. August. (B. Z. B.) Amtlicher Bericht des Generals Paig: Das Ergebnis der örtlichen Kämpfe nordwestlich von Pozieres während der zwei letzten Tage ist, daß wir fast den ganzen Rest der Gräben, in denen der Feind am Morgen des 13. August Fuß gefaßt hatte, zurückerobert haben. Gestern nacht drangen wir in die feindlichen Gräben bei der Monquet-Baum und lehrten mit elf Gefangenen nach unseren Linien zurück.

Ein Armeebefehl des Königs von England.

London, 16. August. (Z. U.) Der König von England, der seit dem 8. August bei der Armee in Frankreich weilte, besichtigte die Quartiere, Laufgräben und Schützengruben und hatte Unterhaltungen mit dem König der Belgier, Poincaré und Joffre. Anlässlich seines Besuchs hat er einen Armeebefehl erlassen, in dem es heißt: „Mit dem Gefühl der Freude und Genugtuung habe ich in der vergangenen Woche unter Euch geweilt. Ich kann nur ein Urteil über die glänzende Haltung, frohe Stimmung, den Mut und die Ausdauer fällen, die bei der Eroberung von Stellungen verlangt werden, der Stellungen, welche während zweier verfloßener Jahre eingerichtet und bis zum äußersten gut verteidigt wurden. Nicht nur gegenüber dem Feind, sondern auch in der ausgedehnten Organisation hinter der Front tun alle Männer und alle Frauen ihre Pflicht. Die Opfer werden nicht umsonst gebracht sein. Die Verbündeten werden die Waffen nicht niederlegen, bevor unsere Sache triumphiert.“

Arbeitertrauer über den Tod eines Offiziers.

Die Pariser sozialistische Presse widmet, einer Meldung der „Voll. Stg.“ zufolge, dem Major Lissierand-Delange, der am 2. August an der Spitze seines Bataillons gefallen ist, sympathische Nachrufe. Lissierand-Delange erlangte im Frühjahr 1906 als Leutnant eine Tagesberühmtheit, weil er bei den damaligen Arbeiterunruhen vor streikenden Arbeitern erklärte, er werde seine Soldaten nicht auf sie schießen lassen. Er wurde damals zu einer Gefängnisstrafe verurteilt und aus den Armeelisten gestrichen, beim Kriegsausbruch aber wieder eingereiht.

Der russische Kriegsbericht.

Petersburg, 16. August. (B. Z. B.) Amtlicher Bericht vom 15. August nachmittags:

Westfront: Am 14. August gegen 7 Uhr abends erschien ein deutscher Flugzeug über Niezwiez. Hauptmann Kronteun, der am 12. August in derselben Gegend gleichfalls ein feindliches Flugzeug zum Absturz gebracht hatte, flog mit seinem Kampfflugzeug auf. Bei dem darauffolgenden Luftkampf zwang er den Gegner nach ein paar Minuten bei der Stadt Niezwiez zu landen. Der deutsche Flugzeugführer, der verwundet war, und sein Beobachter wurden zu Gefangenen gemacht.

Unser Vormarsch westlich der oberen Strypa schreitet weiter fort. Der Uebergang über die Blota Lipa und über die Dystroga Solotwinka nach Wejzen dauert erfolgreich an.

Kaukasusfront: Unser Vormarsch gegen Salkiz in Persien endete mit der Besetzung einer sehr starken türkischen Stellung an den Zugängen der Stadt. Unsere Kavallerie verfolgte den Feind, der sich eilig nach Süden zurückzog.

Ostsee: Am Morgen des 14. August unternahmen unsere Flieger Leutnant Diterich und Fähnrich zur See Prokofiew auf zwei Wasserflugzeugen einen kühnen Angriff auf den Flugplatz am Angernsee in Kurland. Trotz des Feuers der Abwehrkanonen und trotz eines Angriffs von sieben deutschen Flugzeugen warfen unsere Flieger nicht nur erfolgreich Bomben, sondern nahmen fünf den ungleichen Kampf auf, der über eine Stunde dauerte. Unsere Flugzeuge wurden von zahlreichen Geschossen getroffen, zum Glück an keinem wichtigen Teile. Ein feindlicher Apparat stürzte sich überlagend, in Rauch gehüllt ab, zwei andere fielen stark beschädigt ins Wasser. Unsere Flugzeuge kehrten unverletzt zurück.

Zusatz zum Bericht vom 14. August: Unser Flieger, Kosakenleutnant Laischew schoß ein feindliches Flugzeug ab, das aus der Gegend des Bahnhofs von Zoolunowo (10 Kilometer südlich Nowo) kam. Der Feind mußte nach Kampf in der Gegend von Werba (17,5 Kilometer südwestlich Dubno) niedergehen.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 16. August 1916. (B. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Auch gestern war die Geschütztätigkeit an der Front südöstlich von Armentières und Artois lebhaft.

In der Gegend von Pozieres setzten die Engländer ihre erfolglosen Angriffe bis zum gestrigen Morgen fort. Tagsüber unternahm ihre Infanterie nichts. Ein nächtlicher Angriff ist nördlich von Duvillers gescheitert.

Bei Monlin-Sous-Touvent (Aisnegebiet) lebte das beiderseitige Feuer im Zusammenhang mit einem erfolglosen französischen Gasangriff vorübergehend auf. Westlich von Reims wurden stärkere feindliche Erkundungsabteilungen abgewiesen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Auf der Ostfront vom Meer bis in die Gegend nördlich des Dnjester keine besonderen Ereignisse.

Abteilungen der polnischen Legion machten in der Gegend von Gulewicz einen kurzen erfolgreichen Vorstoß.

Deutsche Kommandos hoben östlich von Kischin russische Vorposten auf und brachten einen Offizier, 163 Mann gefangen ein.

Nördlich des Dnjester haben die Russen nach den blutigen Schläppen vom 14. August gestern nur vereinzelt und mit schwachen Kräften ohne jedes Ergebnis angegriffen.

Zu den Karpathen setzten sich unsere Truppen in Besitz der Höhe Stara Wipeczyna nördlich vom Capul.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Südlich des Dojran-Sees wurde ein Angriffsversuch einiger französischer Bataillone leicht durch Feuer abgewehrt.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 16. August 1916. (B. Z. B.) Amtlich wird veröffentlicht:

Russischer Kriegsschauplatz.

Heeresfront des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.

Im Raume des Capul bauten die verbündeten Truppen ihre Erfolge durch Erstürmung der Höhe Stara Wipeczyna aus. Die Kämpfe in diesem Gebiete sind überaus erbittert.

Bei Porosanka, westlich von Monasterzhska, wiesen österreichisch-ungarische Truppen abermals heftige russische Angriffe ab. An einer Stelle, an der es dem Feinde gelang, in unsere Gräben einzudringen, wurde er durch einen Gegenstoß geworfen.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg.

Abteilungen der polnischen Legion stießen südlich von Gulewicz am Stachod erfolgreich vor. Keine besonderen Ereignisse.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Im Östlichen wiederholte der Feind seine heftigen Angriffe auf unsere Höhenstellungen östlich der Linie Salsano-Vertoja und bei Oppachiasella. Fast überall konnte der Ansturm schon durch Feuer abgewiesen werden. An einzelnen Stellen aber, wo es den Italienern gelang, in unseren vordersten Gräben Fuß zu fassen, waren sie durch Gegenangriff bald hinausgeworfen. So blieben wieder alle Stellungen fest in den Händen unserer Truppen, die dem Feinde schwere Verluste beibrachten und 480 Gefangene, darunter einen Oberleutnant und sieben andere Offiziere, sechs Maschinengewehre und zwei Minenwerfer abnahmen. Das Feldjägerbataillon Nr. 2 und Abteilungen der Infanterieregimenter 24 und 48 verdienten sich in diesen Kämpfen besonderes Lob.

An der Dolomitenfront schlug die Besatzung unserer Aufrethtsstellung einen Angriff im Handgemenge ab.

Gegen den Abschnitt Monte Gebio—Monte Interrotto gingen nach lebhaftem Artillerie- und Minenwerferfeuer schwächere feindliche Abteilungen vor, die leicht abgewiesen wurden.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Nichts von Belang.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: v. Doerfer, Feldmarschalleutnant.

Ereignisse zur See.

Zu der Nacht vom 14. auf den 15. vollführte ein Seeflugzeuggeschwader einen Angriff gegen Salona. Es wurden Balltreffer in einer Küstenbatterie, in Waradenalager, in einem Lagerhaus und auf einem Schiffe erzielt, zahlreiche Brände erzeugt. Trotz heftiger Abwehr sind alle Flugzeuge unverletzt eingekückt. Am 14. d. M. vormittags haben sieben feindliche Seeflugzeuge, größtenteils französische, unter Schutz von drei französischen Kampffliegern und gedeckt durch feindliche Torpedobooten und Motorboote, welche sich in hoher See hielten, Triest angegriffen. Eigene Flugzeuge flogen zur Bekämpfung auf. Dinienschiffleutnant Bausfeld zwang im Luftkampf ein feindliches Flugzeug zum Niedergehen mitten im Golf; dessen Insassen dürften verwundet sein. Er verfolgte sodann ein zweites und brachte es im Luftkampf zum jähen Absturz bei Miramare. Die Insassen fanden dabei den Tod. Das ganz zertrümmerte Flugzeug „Eba 308“ wurde von uns eingebracht. Die feindlichen Flieger warfen mehrere Bomben über dem Hafen ab, ohne nennenswerten Schaden anzurichten. Soweit bekannt, wurden zwei Personen getötet, eine schwer, eine leicht verwundet.

Flottenkommando.

Petersburg, 16. August. (B. Z. B.) Amtlicher Bericht vom 15. August abends.

Westfront: Unsere Truppen setzten den Uebergang über die Blota Lipa unter dem Feuer des Gegners fort, der stellenweise den Brückenbau verhinderte, indem er auf unsere Arbeiten das Feuer seiner schweren Artillerie und seiner Maschinengewehre richtete. Wir nahmen hier 7 Offiziere 413 Mann gefangen und erbeuteten 8 Maschinengewehre. Am Austritt des Pruth aus den Waldkarpathen räumte der Gegner unter unserem Druck Jablonica, das wir besetzten. Dort rüdten wir von neuem in Worochta und Ardelguzam am Pruth (6,5 Kilometer südöstlich Worochta) ein, wo wir 32 Offiziere und 1006 Mann gefangen nahmen. Unsere Offensive dauert an.

Bericht des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 15. August. (B. Z. B.) Bericht des Hauptquartiers.

Kaukasusfront: Auf dem rechten Flügel vertrieben unsere Truppen feindliche Erkundungsabteilungen, auf die sie stießen, und in einigen Enghäfen auftauchende, mit der Verschleppung beschäftigte Abteilungen und kamen dadurch weiter leicht vorwärts. Im Zentrum, auf dem linken Flügel und im Küstenabschnitt nur Bairouklesschärmittel und manchmal örtliche Feuergefechte.

Auf den übrigen Fronten keine Unternehmung von Bedeutung.

Vom U-Boot-Krieg.

Bisbao, 16. August. (B. Z. B.) Meldung der Agence Havas. Das spanische Schiff „Yaguarri“ ist von einem deutschen Unterseeboot versenkt worden. Die Besatzung wurde gerettet.

Norwegische Maßnahmen gegen bewaffnete Handelsschiffe.

Kristiania, 16. August. (B. Z. B.) Der Justizminister hat die Polizeibehörden in den Hafenstädten angewiesen, zu untersuchen, ob einlaufende Handelsschiffe bewaffnet sind, und wenn dies der Fall ist, sie durch die Militärbehörden untersuchen zu lassen, bevor sie die Erlaubnis zum Auslaufen erhalten.

Botha über die Kriegslage in Deutsch-Ostafrika.

Amsterdam, 15. August. (B. Z. B.) Nach einer Reutersmeldung aus Durban ist General Botha von einem Besuch bei General Smuts in Deutsch-Ostafrika dort wieder eingetroffen und hat sich sehr befreit über den Fortgang der englischen Operationen ausgesprochen. Die schwarzen Schutztruppen der Deutschen seien tüchtige Kämpfer und würden bewundernswert geführt. Auch vor den deutschen Maschinengewehrabteilungen müsse man hohe Achtung haben. Ebenso verstehe sich der Feind darauf, seine Stellungen zu besetzen. Trotzdem seien die Fortschritte des Generals Smuts außerordentlich und das Ende des deutschen Widerstandes sei nicht mehr fern.

Die englisch-italienischen Verhandlungen beendet.

Turin, 15. August. (B. Z. B.) Nach einer Meldung der Agenzia Stefani sind die Verhandlungen, die in Pallanza zwischen dem englischen Handelsminister Runciman, dem italienischen Handelsminister de Rava, dem italienischen Verkehrsminister Arlotta sowie italienischen und englischen höheren Beamten stattgefunden haben, in vollem Einvernehmen über alle besprochenen Punkte beendet worden. Dank dem erzielten Einvernehmen ist die Kohlenversorgung Italiens zu verminderten Preisen sichergestellt.

Runciman, de Rava und Arlotta sind heute mittag hier eingetroffen.

Bern, 16. August. (B. Z. B.) Ueber die Abmachungen mit Runciman über die Kohlenversorgung Italiens verbreitet die Agenzia Stefani ins Ausland folgende Fassung: Dank dem erzielten Einvernehmen ist die Kohlenversorgung Italiens zu einem verminderten Preis sichergestellt. Dasselbe stellt laut nach dem an die italienischen Blätter gegebenen Text folgendermaßen: Dank dem erzielten Einvernehmen und trotz der durch den gegenwärtigen Kriegszustand bedingten Schwierigkeiten bleibt die Kohlenversorgung Italiens innerhalb der Grenzen des für seinen Gebrauch unumgänglich notwendigen gesichert, und man hegt das Vertrauen, daß die vereinbarten Auswege eine Verringerung des Preises auch hinsichtlich der Transportkosten ermöglichen werden.

Englands Munitionserzeugung.

London, 16. August. (Z. U.) Montagu erläuterte im Unterhaus Bericht über die Leistungen seines Ressorts. Die Produktion von 16pfündigen Granaten war im Jahre 1915/16 64mal größer als im Jahre vorher. Die Fabrikation von Feldhaubitzen ist achtmal größer gewesen, als diejenige im Jahre 1914/15 und in der ersten Woche des Juni 27mal größer als in der gleichen Woche des Vorjahres. Man fabriziert jetzt in einem Monat zweimal soviel schwere Kanonen, als man bei Ausbruch des Krieges herstellte. Die Produktion von Maschinengewehren ist seit Errichtung der Munitionsabteilung 10mal größer geworden. Gewehre und Maschinengewehre der Feldarmee werden ausschließlich von englischen Fabrikanten hergestellt. Die wöchentliche Fabrikation von schweren Explosivmitteln ist öfters größer geworden, als zu Beginn des Jahres 1914/15. Montagu weist ferner auf die großen Mengen von Kanonen und Munition hin, welche England den Bundesgenossen liefert. Ueberdies sandte es Frankreich ein Drittel seiner Produktion an Granatstoff. Dazu kommt noch, daß England den Bundesgenossen Metall für die Munitionsherstellung für einen Betrag von 6 Millionen Pfund per Monat liefert. Im letzten Monat, so führte Montagu aus, brauchte England mehr als zweimal soviel Munition, als es vor zirka acht Monaten für hinreichend hielt. Das Feuer, mit welchem die Offensive an der Somme eingeleitet wurde, kostete uns mehr Munition, als in den ersten elf Kriegsmontaten fabriziert wurde. Mit der Munition für das schwere Geschütz, die in denselben elf Monaten angefertigt wurde, hätten wir das Feuer nicht einen Tag durchführen können. Die Fabrikation in unseren Fabriken kommt jede Woche dem Verbrauch gleich; man braucht nicht zu befürchten, daß die Offensive infolge Mangels an Munition unerwartet beendet werden wird. Mit der Munitionsfabrikation sind jetzt 2 1/2 Millionen Personen beschäftigt, darunter befinden sich 400 000 Frauen.

Neue englische Anleihe in Amerika.

New York, 16. August. (B. Z. B.) Meldung des Reuterschen Bureau. Nach einer offiziellen Mitteilung ist der Abschluß einer neuen Anleihe in Betrage von 250 Millionen Dollar an Großbritannien in wenigen Tagen zu erwarten, wenn die gegenwärtigen Pläne nicht noch verzögert werden. Aus nicht offiziellen Berichten geht hervor, daß die Anleihe für zwei Jahre zu 5 Proz. abgeschlossen worden ist.

Amerikanisches Kapital in Rußland.

Kopenhagen, 15. August. (B. Z. B.) „Berlingske Tidende“ meldet aus Petersburg: Die National Citybank in New York wird in Petersburg eine Zweigbank errichten, um die Handelsbeziehungen zwischen Rußland und Amerika zu fördern. Ferner wird eine große amerikanische Gesellschaft gegründet, die für den Ausbau des russischen Eisenbahnnetzes und die Entwicklung des Verkehrs auf den russischen Flüssen und Kanälen arbeiten soll.

Chinesisch-japanischer Zusammenstoß in Chengchiatung.

Tokio, 16. August. (B. Z. B.) Meldung des Reuterschen Bureau. Japanische (7 Ann. d. Red.) Polizisten töteten 17-japanische

und verwundeten anzahlreiche chinesische Soldaten in Chengchiang, 81 Meilen nordwestlich von Nanking. Tokio, 15. August. (W. Z. B.) Meldung des Reuterschen Bureau. Die Blätter veröffentlichen Aufsehen erregende Einzelheiten über die Vorgänge in Chengchiang. Sie teilen mit, daß die Sache damit begann, daß ein chinesischer Soldat einen Japaner überfiel. Der einzige japanische Polizeibeamte in Chengchiang begab sich hierauf nach der Kaserne, wo er Protest erhob. Ein chinesischer Soldat tötete den Polizeibeamten mit einem Gewehrschuß. Das hatte zur Folge, daß eine Abteilung japanischer Soldaten nach der Kaserne marschierte. Die Chinesen eröffneten auf die Japaner das Feuer und töteten siebzehn Mann, darunter den kommandierenden Unterleutnant. Die Blätter melden ferner, daß die chinesische Bevölkerung die in Chengchiang wohnenden Japaner bedrohte.

Tokio, 16. August. (W. Z. B.) (Meldung des Reuterschen Bureau.) Amtlicher Bericht aus Chengchiang: 9 japanische Soldaten, ein Zivilist und ein Polizeibeamter wurden getötet, 7 japanische Soldaten verwundet. Die chinesischen Verluste werden auf 50 Mann geschätzt. Der Kampf dauerte bis in die Nacht vom 13. auf den 14. August fort. Als der Gouverneur von dem Vorfalle erfuhr, befahl er den Chinesen, sofort mit dem Feuer aufzuhören; er besuchte den japanischen Konsul und sprach ihm sein tiefstes Bedauern aus.

Politische Uebersicht.

Die Kriegsziele der „wirtschaftsfriedlichen“ Arbeiterverbände.

Der Hauptauschuß der nationalen Arbeiter- und Berufsverbände Deutschlands hat am 10. Juni eine Eingabe an den Reichsminister für die Angelegenheiten des Innern, die nun in seinem Organ „Der Volkswacht“ veröffentlicht ist. Die „Deutsche Tageszeitung“ gibt den Hauptinhalt dieser Eingabe wieder, ohne sich freilich in allen Einzelheiten mit ihr zu solidarischen, und empfiehlt sie vorwiegend der Beachtung der weitesten Öffentlichkeit als ein „eindrucksvolles Zeugnis für die politische Reife und Klarheit“, die in den vom Hauptauschuß vertretenen Arbeiter- und Angestelltenverbänden vorhanden sei. Auch wir empfehlen die Darlegungen der „Wirtschaftsfriedlichen“, von denen die „Kreuzzeitung“ nicht ohne Berechtigung sagen kann, in ähnlichem Sinne hätten sich jüngst „herborragende“ Führer der freigewerkschaftlichen Arbeiter geäußert, als charakteristisches Beispiel dafür, wie die imperialistische Denkweise, ergänzt durch die spezifische Ideologie unserer „unentwegten“ Annektionspolitiker, den Arbeitern und Angestellten eingepflanzt wird.

Der Hauptauschuß stellt, nach der „Deutschen Tageszeitung“, fest, daß nach dem Kriege eine erhebliche Verteuerung eintreten müsse, weil der Krieg uns eine ungeheure Schuldenlast aufgebürdet habe. Es laucht die erschreckende Erkenntnis auf, daß wir mit einer Erhöhung der Steuern um ungefähr drei Milliarden Mark zu rechnen haben. Es sei gar nicht möglich, die neuen Steuern auf den Besitz zu legen. Eine Ueberspannung in dieser Beziehung hätte die verhängnisvollsten Folgen gerade für die Arbeiterklasse. Und nun werden die Grenzen für die Besteuerung des näheren umschrieben. Das mobile Kapital dürfe nicht zu stark belastet werden, sonst wändere es aus. Die Industrie dürfe nicht zu stark belastet werden, sonst schränke sie die Betriebe ein und die Folgen seien Arbeiterentlassungen und Herabsetzen der Löhne. Die Belastung des landwirtschaftlichen Bodens finde ebenfalls ihre Grenze; eine zu hohe Belastung würde in ihren Wirkungen voll auf die Arbeiter zurückfallen. Eine zu hohe Steuerbelastung des städtischen Grundbesitzes hätte die gleiche Wirkung durch entsprechende Steigerung der Mieten. Wenn so die Besteuerung des Besitzes ihre natürlichen Grenzen findet, so müsse der Rest durch Besteuerung der Arbeit, durch indirekte Steuern, durch Belastung des Verbrauchs aufgebracht werden. Eine solche Belastung bedeute aber: Rückbildung der Lebenshaltung und Kulturentwicklung der Arbeiter. Um dem vorzubeugen, gebe es nur ein Mittel: „Wir müssen unseren Siegeswillen durchsetzen, so daß wir eben diese drei Milliarden Kriegsschulden, die uns entristen sollen, nicht selbst zu tragen haben, sondern wie es sich gehört nach Kriegsende, unsere Gegner.“ Zur Begründung dieses Standpunktes stellt der Hauptauschuß folgende reizvolle Kriegstheorie auf. Der Krieg, gedacht und durchgeführt als Wirtschaftskrieg, solle die deutsche Industrie vom Weltmarkt verdrängen.

„Der Krieg richtet sich aber nicht gegen das deutsche Kapital, dieses arbeitet in England und seinen Kolonien ebenso wie englisches Kapital in Deutschland. Der Kampf geht auch nicht gegen den deutschen Ingenieur und kaufmännischen Angestellten; die haben Engländer angemordnet, gut bezahlt und für sich nutzbar gemacht. — Der Kampf geht gegen etwas, das man nicht nach England holen konnte. Gegen die deutsche Arbeit, und damit gegen den deutschen Arbeiter.“

Diese Erklärung, die für die Erforschung der Kriegsbefehle ungeahnte Perspektiven eröffnet, wird der oben dargelegten Forderung des Hauptauschusses zugrunde gelegt. Daraus knüpft sich logischerweise eine weitere Forderung ganz im Sinne unserer „Unentwegten“ aus dem Lager der alldeutschen Annektionsisten:

„Das Interesse des Arbeiterstandes mehr als das aller anderen Stände verlangt, daß wir gerade im gegenwärtigen Augenblicke der Kriegsführung nicht schwach werden und uns diejenige Zukunft in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht aus den Händen gleiten lassen, die wir mit so gewaltigen Opfern militärisch schon erkämpft haben. Verhängnisvoll wäre es für das Reich und das Volk die Zukunft, wenn wir uns zu einem unfruchtbaren Frieden verleiten lassen würden, weil der Lebensmittelmangel und die hohen Preise uns drückend geworden sind. . . Wir würden unsere ganze Zukunft und die Zukunft unserer Kinder preisgegeben haben für ein Nichts, für einen Triumph, nicht einmal für ein Linsengericht, sondern für einen leeren Teller.“

Schließlich wird in dieser Darlegung ausgeführt, daß alle deutschen Arbeiterorganisationen sich zu einer gemeinschaftlichen Stellungnahme verbinden müssen, um den Wahn des feindlichen Auslandes zu beseitigen, daß die Stellungnahme der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft für die Stimmung der deutschen Arbeiterschaft bezeichnend sei.

Die „Deutsche Tageszeitung“ bemerkt hierzu, daß eine solche gemeinsame Kundgebung kaum zustande kommen dürfte. Dieser Zweifel macht dem Scharfsinn des Blattes alle Ehre. Denn trotz aller Bestrebungen, die deutsche Arbeiterklasse vor den Wagen des Imperialismus zu spannen, müßte es der Klassenbewußte Teil des deutschen Proletariats nach wie vor als eine Verhöhnung seiner Weltanschauung betrachten, wenn ihm zugemutet würde, an Kundgebungen teilzunehmen, die auch nur im entferntesten den Darlegungen des Ausschusses der nationalen Arbeiterverbände entsprehen.

Beamtentum und Kriegsteuerung.

Die in Berlin erscheinende „Preussische Schuhmannszeitung“ (Nr. 39) wendet sich in einem scharfen Artikel gegen den „Wucher auf Kosten der Nation“. Sie meint, die guten Absichten der Regierung scheiterten an dem Eigennutz der Menschen und heißt fest:

„Heute ist ihr die Hydra Kapital über den Kopf gewachsen. Sie findet es, in Anbetracht der langjährigen Übung, ganz selbstverständlich, daß sich Millionen Menschen unter schwersten Entbehrungen ohne nennenswerte Entschädigung, ja selbst unter größten Opfern, zu ihrem Schutze allen erdenklichen Gefahren aussetzen und ihr Höchstes hingeben, während ihr mühelos die Früchte dieser schweren Entbehrungen und Opfer in den unerfättlichen Bauch wandern. Wenn es die Lebensmittelwucherer auch nicht offen aussprechen, so beweist doch die Erfahrung und ihr Handeln, daß sie nicht davor zurückschrecken, die unentbehrlichsten Lebensmittel verderben zu lassen, wenn sie beim Verkauf nicht jenen Gewinn erzielen, der ihrer Profitlust entspricht. Ihnen ist es nicht darum zu tun, das Volk mit Lebensmitteln zu versorgen, sondern an der Versorgung möglichst viel zu verdienen.“

Das sind bei einer „Preussischen Schuhmannszeitung“ immerhin ganz achtbare Erkenntnisse des Wesens der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Das Blatt meint im Einklang mit dem in Dortmund erscheinenden „Verussfeuerwehrmann“, es sei bedauerlich, daß Regierungsvertreter so lange den falschen Standpunkt vertreten hätten, Preissteigerungen seien der beste Regulator im Verbrauch des Vorrates. Gerade diese auf den Schutz der Besitzenden zugeschnittene, der Ansammlung von Kapital dienende Theorie hat die berüchtigten Steuerungen abgedrückt.

Von dem „entarteten Kapital und den entarteten Produzenten“ wird gesagt:

„Nur auf Gewinn bedacht, ist ihnen jede andere Rücksicht als die auf den eigenen Geldbeutel fremd, und nur strengste Kontrolle kann sie zur Pflichterfüllung bewegen.“

In derselben Nummer der „Schuhmannszeitung“ wird aus einer Berliner Tageszeitung der Nachweis eines seit achtzehn Jahren im Dienste befindlichen Eisenbahnbeamten abgedruckt, daß er mit einem Jahreseinkommen von 2100 M. nicht auszukommen wisse. Der Mann schreibt u. a.:

„Seit fünf Tagen muß ich mit trockenem Brot meinen Dienst verrichten. Gute Bursch darf ich mir nicht leisten. Kochwurst kann ich nicht mitnehmen. Sie ist gewöhnlich schon sauer, wenn die Frau damit nach Hause kommt. Dieses Leben ist meinem Dienst nicht zuträglich. Wenn wir keine Teuerungszulage bekommen sollen, dann wäre es doch Pflicht des Staates, dafür zu sorgen, daß der Wucher aufhört und wir die Ware zu einem angemessenen Preise erlangen.“

So berechtigete Klagen werden also bei einem Einkommen von 2100 M. laut. Was jangen wohl die vielen hunderttausende städtischer Familien an, die die Hälfte oder noch weniger zu verzehren haben? Es ist unbegreiflich, daß es noch immer Leute gibt, die eifernstirrig die Entbehrungen des Volkes leugnen.

Die Arbeitsmethoden der „Drei Deutschen“.

Von einem fortschrittlichen Landtagsabgeordneten ist dem „Berl. Tageblatt“ folgendes ihm zugestellte Schreiben übermittelt worden, das offenbar irrtümlich an seine Adresse gerichtet wurde:

„Streng vertrauliche Mitteilung aus dem Sachsenwalde, die nach Kenntnisnahme zu verbrennen ist.“

„Ehrwürdiger Kampfgenosse!
Als Postpaket erhalten Sie von einem Ihnen unbekanntem Abnehmer eine Partionationale Denkschriften. Wir bitten Sie, dieselben am Tage des Empfanges aus dem heiligenden Vertrag mit je 5 Pf. zu frankieren und die Exemplare zu verschiedenen Stunden in verschiedenen Postämtern und Briefkästen Ihrer Stadt in kleinen Partien abzugeben zu lassen. — Indem wir annehmen, daß Sie sich dieser Arbeit, die zum Wohle des Vaterlandes geschieht, freudig unterziehen, verbleiben wir mit deutschem Gruß und Handschlag
Drei Deutsche.“

Die Geldgeber der ominösen „Drei Deutschen“ lassen sich die Vertretung ihrer Profitinteressen immerhin was kosten.

Das tägliche Brot.

Gerunter mit den Kartoffelpreisen!

Noch immer rührt sich das Kriegsbernährungsamt nicht, um die Mischstände auf dem Kartoffelmarkt zu beseitigen, die es durch seine viel zu hohen Preisfestsetzungen hervorgerufen hat. In seinen „Mitteilungen“ vertritt das Kriegsbernährungsamt damit, daß die trodene Witterung ein weiteres Versinken der zu viel angelieferten Kartoffeln verhindern werde und schließlich der entstandene Schaden gar nicht so groß sei, es handele sich, an der Gesamtmenge der Kartoffelernte gerechnet, doch nur um „einen verschwindenden Teilbetrag“. Beweise, daß der Schaden nur vorübergehend klein sei, bringt das A. E. M. nicht, wohl aber melden zahlreiche Gemeinden große Verluste an und bei der Knappheit an Nahrungsmitteln ist eben jeder solcher Verlust eine Schädigung der Bevölkerung.

Auf jeden Fall aber hätte das A. E. M. sich doch nun endlich überzeugen müssen, daß die von ihm für August und September festgesetzten Höchstpreise zu hoch sind, zumal die Ernteerträge in diesem Jahre ohnehin schon den Landwirten großen Gewinn sichern. Der fortschrittliche Reichstagsabgeordnete Dr. Wendorf, der selbst Gutbesitzer ist, vertritt im „Berliner Tageblatt“ vom 15. d. M. dieselbe Ansicht; er tabelt die zu langsame Abmilderung des Frühkartoffelpreises auf den Winterpreis, „der seinerseits mit 4 M. für den Erzeuger weit über dem durchschnittlichen Friedenspreise liegt und noch den vorjährigen Kriegspreis um etwa 50 Proz. übersteigt.“

Selbstverständlich nimmt die „Deutsche Tageszeitung“ sofort Herrn von Vatecki in Schutz und führt für den hohen Winterpreis der Kartoffeln Gründe an, die in scharfem Widerspruch zu den Grundrügen stehen, die bei einer nicht wucherischen Preisbildung maßgebend sein dürfen. Die „Deutsche Tageszeitung“ wagt nicht etwa zu behaupten, daß der hohe Winterpreis der Kartoffeln mit 4 M. durch die Produktionskosten der Kartoffeln bedingt sei, sondern sie stellt den Grundrügen auf: „Durch den Wegfall der großen Futtermittelnzufuhr ist der tatsächliche Wert der Kartoffeln für die ländlichen Wirtschaften außerordentlich gestiegen.“

Da haben wir wieder das alte Geschäftsprinzip: Angebot und Nachfrage bestimmen den Preis. Weil es jetzt weniger Futtermittel als im Frieden gibt, muß die Bevölkerung die Kartoffeln teurer bezahlen. Mit Verlaß — das haben bisher nur die Nahrungsmittelwucherer als „berechtigten“ Grundrügen aufgestellt, wenn der Einkaufspreis einer Ware sinkt, haben sie schamlos den Verkaufspreis der Vorräte, auch wenn sie sie weit billiger eingekauft hatten, in die Höhe geschraubt. Wegen diesen Wucher der Händler hat das Reichsgericht vor einigen Monaten ein jetzt bei allen solchen Wucherprozessen maßgebendes Urteil gefällt und erklärt, daß dies unerlaubte Preistreiberei sei! Und dasselbe Recht gilt auch für den Produzenten! Nicht danach darf sich der Preis der Kartoffeln richten, daß andere Futtermittel teurer sind, sondern allein die Produktionskosten der Kartoffeln dürfen für den Preis der Kartoffeln maßgebend sein. Die „Deutsche Tageszeitung“ aber meint, ein Preis, der dieser Wertsteigerung (infolge des Wegfalls der Futtermittelnzufuhr) keine Rechnung trägt, wäre unnatürlich.“

Es ist ein alter Witz, nur das, was einem nützlich ist, als natürlich zu bezeichnen.

Einschränkung des Schweinefleischgenusses.

Erneute Verhandlungen zwischen den Zentralstellen für die Fleischversorgung von Heer und Volk haben, wie offiziell verlautet, ergeben, daß zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit des Heeres diesem eine bestimmte Menge Schweinefleisch sofort geliefert werden muß. An der irgend zulässigen Sparbarkeit fehlt es nicht, da bei der Deckerverwaltung volles Verständnis für die Bedürfnisse und Kriegsjüde der Zivilbevölkerung herrscht. Aber wie die Verhältnisse jetzt liegen, kann der Zivilbevölkerung in den nächsten Wochen eine noch stärkere Einschränkung in dem Verbrauch von Schweinefleisch nicht erspart werden.

Dr. Heim gegen das Kriegsbernährungsamt.

Der bayerische Bauernhändler Dr. Heim setzt seine Angriffe gegen das Kriegsbernährungsamt fort. In seiner Zuschrift an das „Berliner Tageblatt“ kritisiert er die Preisordnung für Brotgetreide, Gerste und Hafer. Diese Preisordnung hält er für völlig geeignet, eine Stokung in der Versorgung mit Brotgetreide hervorzurufen. Dr. Heim sagt dann noch: „Die schädlichen Folgen der Preisordnung im vergangenen Jahre mit ihrem Anreiz, Brotgetreide zu verfrachten und Gerste und Hafer reitlos zu verkaufen, ist auch in diesem Jahre wieder konzentriert, trotz Kriegsbernährungsamt.“

Lebendiger Käse.

Eine öffentliche Käseversteigerung nahm gestern in Oberschöneweide einen für die erscheinenden Kaufwilligen unerwarteten Verlauf. Im Keller eines Schulhauses in Oberschöneweide lagerten seit längerer Zeit 180 Proben dänischen und holländischen Käses. Wie es heißt, bestanden über den Festgehalt dieser Ware Meinungsverschiedenheiten. Einige gaben ihn auf 40 Proz., andere nur auf 30 Proz. an. Es kam darüber wohl zu einem Zivillit, der längere Zeit in Anspruch nahm. Nun sollte man meinen, es hätte vor allen Dingen bei der herrschenden Knappheit an Nahrungsmitteln dafür gesorgt werden müssen, daß die Ware, um die sich der Streit drehte, vor dem Verderben geschützt werde. Dieß sich das nicht durchführen, so hätte der Käse rechtzeitig unter die Bevölkerung zum Verbrauch gebracht werden müssen, ohne Rücksicht auf den Rechtsstreit und seinen Ausgang. Verderben lassen durfte man eine solche Menge von Nahrungsmitteln, die einen Wert von mehreren tausend Mark hatten, unter keinen Umständen. Daß sie verdorbene Ware vorfinden würden, das glaubten auch die Kaufwilligen nicht, als sie erfuhr, daß ein Posten Käse durch den Gerichtsvolkzieher öffentlich versteigert werden solle. Außer anderen Liebhabern fanden sich auch Berliner Händler ein, die ein Geschäft machen zu können glaubten. Ein durchdringender Geruch und ein unheimliches Leben in der Käsemasse ließ es die „Interessenten“ ratlos erscheinen, bei Beginn der Versteigerung zu fragen, ob der Käse für den menschlichen Genuß noch brauchbar sei. Der Gerichtsvolkzieher sicherte sich und seine Auftraggeber mit der Antwort: Ohne Garantie! In Wirklichkeit konnte allerdings von vornherein niemand mehr daran denken, diesen Käse, der schon förmlich auf dem Fußboden umher lag, noch dem menschlichen Genuß zuführen zu wollen. Das Ergebnis der öffentlichen Versteigerung war denn auch danach. Ein Berliner Geschäft kaufte den ganzen Haufen für 100 Mark und ließ ihn dann mit dem Spaten auf den Wagen verladen. Wieviel ihm unterwegs davon wegelaufen sein mag, weiß man nicht. Ebenso wenig, was er mit der stinkenden Masse noch anzufangen gedenkt.

Letzte Nachrichten.

Bulgarien und Rumänien.

Sofia, 16. August. (W. Z. B.) Seit vier oder fünf Tagen ist das rumänisch-bulgarische Verhältnis freundlicher geworden. Günstig wird die Bereitwilligkeit der rumänischen Regierung hinsichtlich der raschen Abwicklung des jüngst zustande gekommenen Warenaustauschabkommens beurteilt, nach dem Bulgarien Salz und Petroleum von Rumänien, dieses dagegen Tabak aus Bulgarien erhält. Die rumänischen Delegierten sind bereits gestern hier eingetroffen. Den Neuherungen rumänischer Diplomaten zufolge kann später auch die Frage des Warenaustausches anderer Artikel an die Reihe kommen. Der in Regierungskreisen herrschende Optimismus begründet sich natürlich nicht bloß auf den Abschluß und die Durchführung des Warenaustauschabkommens. Der hiesige rumänische Gesandte Derussi ist gestern nach Bularest abgereist; er kehrt nach zehn Tagen wieder hierher zurück.

Der Fall Fryatt vor dem Unterhaus.

London, 16. August. (W. Z. B.) Meldung des Reuterschen Bureau. Unterhaus. Sir Edward Carson fragte, welche Schritte die Regierung in der Angelegenheit der „Ermordung“ Fryatts zu tun gedenke. Asquith antwortete: Die Regierung ist entschlossen, daß dieses Land die Wiederaufnahme des diplomatischen Verkehrs nach dem Kriege nicht dulden wird, bis Genugtuung für die „Ermordung“ Fryatts gegeben ist. Einige unserer Verbündeten haben unter Brutalitäten zu leiden gehabt, die sogar noch ärger und noch zahlreicher waren als die uns durch das Vorgehen der deutschen Behörden zugefügt. Wir beraten mit ihnen über die besten und wirksamsten Schritte, die unternommen werden können und darüber, auf welchen Bedingungen wir bei Friedensschluß bestehen müssen, um uns die Genugtuung zu sichern, die die Gerechtigkeit verlangt. (Lauter Beifall.)

Ministerkrise in Dänemark?

Kopenhagen, 16. August. (W. Z. B.) (Meldung des Reuterschen Bureau.) Die Sitzung des als Ausschuss konstituierten Landstings, in dem der Verkauf der westindischen Inseln beraten werden sollte, wurde heute nachmittags unterbrochen, als der Ministerpräsident die Parteiführer zu einer Konferenz zusammenberief. Nach der Konferenz verläutete allgemein im Reichstag, daß der Gedanke eines Koalitionsministeriums in den nächsten Tagen beraten werden wird. Die verschiedenen politischen Parteien werden zu Parteisitzungen in den nächsten Tagen zusammenberufen. Der Verkaufsvertrag ruht vorläufig.

Brand eines französischen Truppenlagers.

Bern, 16. August. (W. Z. B.) „Zeit Journal“ zufolge ist in dem großen Truppenlager Bois eine Feuerbrunst ausgebrochen, die in weniger als einer Stunde alle Baracken einäscherte. Angeblich sind keine Opfer zu beklagen. Der Schaden soll sehr bedeutend sein.

Starkes Erdbeben in Italien.

Bern, 16. August. „Corriere della Sera“ meldet: Heute früh 9 Uhr 10 Minuten wurde in Bologna ein ziemlich starkes Erdbeben stark verspürt. Es ist kein Schaden angerichtet worden. Heute nacht sollen in Rimini und Pesaro starke Erdstöße stattgefunden haben.

Bern, 16. August. Zu dem bereits gemeldeten Erdbeben teilt die „Agenzia Stefani“ mit, daß in Ancona kein Schaden angerichtet worden sei; in Pesaro erhielten viele Häuser Risse, und die Wohnungen wurden geräumt. Opfer seien jedoch nicht zu beklagen. In Rimini sind mehrere Häuser eingestürzt, wobei wahrscheinlich Leute umgekommen sind.

Gewerkschaftliches.

Deutsches Reich.

Einsammeln von Brenneiseln durch arbeitslose Textilarbeiter.

Die Rohstoffabteilung des Kriegsministeriums hat vor kurzem Anweisungen ergehen lassen über die zweckmäßigste Art des Einsammelns von Brenneiseln. Die im Stengel der Brenneisel enthaltene Faser soll als Rohstoff der Textilindustrie nutzbar gemacht werden. Ein Zentner getrockneter Brenneiselsengel gibt etwa 13 Proz. brauchbare Faser. Die Faser ist gleich der Baumwolle zur Herstellung von Hemdentüchern usw. verwendbar. Für den Doppeltzentner getrockneter und entblätterter Brenneiselsengel zahlen die errichteten Abnahmestellen 14 M.

Die geschnittene Brenneisel wird ähnlich wie Heu unter fleißigem Wenden getrocknet. Heu trocken in drei bis vier Tagen vollständig, der Stengel der Brenneisel braucht zwölf bis fünfzehn Tage.

Zum Zwecke der Sammlung und Verwertung der Brenneisel ist in Berlin, Wilhelmstr. 61, unter Beihilfe des Kriegsministeriums die „Wesselfaser-Verwertungsgesellschaft m. b. H.“ gegründet worden. Das Stammkapital beträgt 30 000 M. Erster Geschäftsführer ist Fabrikant Friedrich Hebel-Blauen, zweiter Geschäftsführer Dr. Wüthner, zurzeit geschäftsführender Direktor des Kriegsausschusses der deutschen Baumwollindustrie. Der Betrieb der Gesellschaft ist nicht auf Erwerb gerichtet, Ueberträge werden an die Reichskasse abgeführt.

Der Vorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes, dessen Mitglieder zum großen Teil ganz oder teilweise arbeitslos sind und deshalb bei kleinem Verdienst und mit großer Unterstützung sich in sehr bedürftiger Lage befinden, hat nun in einem Rundschreiben auf die Möglichkeit hingewiesen, durch Einsammeln von Brenneiseln einige Groschen daneben zu verdienen. Selbstverständlich erwartet er dabei, daß diese wenigen Groschen von den Behörden bei Auszahlung der Unterstützung nicht etwa angerechnet werden. Die Funktionäre des Verbandes sind angewiesen worden, den Verbandsmitgliedern überall die entsprechenden Mitteilungen zu machen.

Rusland.

Die neuen Lohnforderungen der englischen Eisenbahnarbeiter.

Der Rationalverband der Eisenbahnarbeiter hat nach einer Meldung der „Frankf. Ztg.“ wegen der stets steigenden Lebensmittel-

preise eine weitere Lohnerhöhung von 10 Schilling pro Woche verlangt. Es steht dies im Widerspruch mit dem im letzten Oktober getroffenen Abkommen, wonach die Eisenbahner eine Zulage von 5 Schilling erhielten und dafür sich verpflichteten, von weiteren Lohnforderungen abzusehen. Für ihr Vorgehen finden die Eisenbahner die Entschuldigung, daß die Regierung keinerlei wirksame Maßnahmen getroffen habe, eine Kontrolle der Lebensmittelpreise durchzuführen. Die „Times“ widmet diesem Vorgehen einen Leitartikel, den sie mit der Ueberschrift: „Ein circulus vitiosus“ überschreibt. Sie sagt, wenn durch die Erhöhung der Löhne die Preise allgemein erhöht würden, so läßt diese Erhöhung der Lebensmittelpreise wiederum nothgedrungen zu einer Erhöhung der Löhne und so fort.

Aus der Partei.

„Gefährliches Treiben“.

Der „Berl. Lokalanzeiger“ theilte unter obiger Ueberschrift mit:

„Unter diesem Stichwort haben sozialdemokratische und bürgerliche Blätter erst vor kurzem vor gemeingefährlichen Flugschriften gewarnt, die von anonymen Verfassern verbreitet wurden, um für eine gewaltsame Herbeiführung des Friedens Stimmung zu machen. Der Berliner Polizei ist es nunmehr, wie unser h. Berichterstatter erfährt, gelungen, in dieses lästige Treiben durch eine Reihe von Hausdurchsuchungen und Festnahmen hineinzuleuchten und als Urheber mehrerer solcher anonymen Druckschriften eine hiesige kleine Druckerei in der Oranienstraße zu ermitteln, deren Inhaber noch nebenbei in einer hiesigen Fabrik zu arbeiten pflegt, und in der sonst das Anarchistenorgan „Der freie Arbeiter“ gedruckt worden war. Als Auftraggeber dieser Druckereien mit irreführenden Prochlorvermerken, wie „Schweizerische Genossenschaftsdruckerei Bern“ oder „Eugen Böde u. Co., Dörentrupp“, wurde ein Redakteur des hiesigen sozialdemokratischen Pressebureaus und als Verbreiter ein Schriftführer des Verbandes sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend festgenommen, die beide auf dem Boden der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft stehen. Der Drucker, der Besteller und der Verbreiter sind nach eingehenden Feststellungen dem Staatsanwalt zugeführt worden und stehen strenger Bestrafung entgegen.“

Nach unseren Ermittlungen sind diese Angaben nicht zutreffend. Es handelt sich bei den Druckschriften im wesentlichen um Auseinandersetzungen zwischen der Minderheit und Mehrheit der Partei, und in keiner der Flugschriften ist zu einem gewaltsamen Frieden aufgefordert.

Gleichzeitig möchten wir mitteilen, daß die von der F. R. ausgehende, in bürgerlichen Blättern verbreitete Notiz, daß im Berliner Verbandsbureau Schriften beschlagnahmt seien, unwarhaft ist.

Aus den Organisationen.

Am Sonntag tagte eine Vertrauensmännerkonferenz des Wahlkreises Nordhausen-Grafschaft Hohenstein. Sie war aus allen Teilen des Kreises zahlreich besucht. Außer der Entgegennahme des Rechenschaftsberichts des Kreisvorstandes, stand noch ein Referat des Abgeordneten des Kreises, Genossen Dr. Oskar Cohn, über die gegenwärtige Lage der Partei auf der Tagesordnung. Das Ergebnis der Verhandlungen über diesen Punkt war die Annahme einer Resolution, in der es u. a. heißt:

„Die aus allen Teilen des Wahlkreises Nordhausen-Grafschaft Hohenstein zahlreich besuchte Konferenz der Vertrauensleute der Parteiorganisationen billigt einstimmig die politische Haltung der Fraktion der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft. Sie belundet das außerordentliche Mißtrauen gegen die Politik des Parteivorstandes und der Fraktionsmehrheit, die geeignet ist, die Interessen der Arbeiterklasse zu schädigen, die Kampfkraft der Arbeiterorganisationen zu schwächen, der Verbreitung und Vertiefung sozialistischer Auffassung entgegenzuwirken.“

Sie beauftragen den Abgeordneten des Kreises, Genossen Dr. Oskar Cohn, auch in der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft mit jedem geeigneten Mittel für die schnellste Beendigung des Krieges zu wirken.“

Aus Industrie und Handel.

Rumänische Bestellung von Eisenbahnmateriale.

Die rumänische Staatsbahn hat soeben mit dem deutschen Stahlwerkverband einen Lieferungsvertrag auf 25—30 000 Tonnen Eisenbahnschienen für den Bau einer neuen Bahn von Craiova nach Bukarest abgeschlossen.

A. WERTHEIM

Extra-Preise

Donnerstag
b's Sonnabend

Leipziger Straße / Königstraße / Rosenhaler Straße / Moritzplatz

Emaille-Geschirre

Wirtschafts-Artikel

- Schmortöpfe ohne Ring große 3.10 3.50
- Schmortöpfe mit Ring große 2.70 bis 4.00
- Kasserollen mit Stiel . . . 50 Pf. bis 1.45
- Maschinentöpfe 18 bis 85 Pf.
- Wasserkessel mit Absatz 1.60 bis 2.00
- Kaffeekannen 80 Pf. bis 1.45
- Kaffeeflaschen 1/2 Liter 40 Pf.
- Kaffeetrichter 20 Pf.
- Kaffeetrichter „Vera“ 80 Pf.
- Kaffeeteller 12 bis 20 Pf.
- Küchenschüsseln flach . . . 35 bis 80 Pf.
- Bratenschüsseln rund . . . 40 bis 70 Pf.
- Bratenschüsseln oval . . . 70 Pf. b. 1.50
- Leuchter 15 Pf. 35 Pf.
- Schüsseln mit Seifnapf 75 Pf.

- Bratpfannen rund 55 Pf. bis 1.25
- Bratpfannen lang 2.50 bis 3.30
- Bratpfannen mit Deckel 4.50
- Topfdeckel 20 Pf. bis 1.00
- Milchtöpfe 50 bis 80 Pf.
- Essenträger mit Bügel . . . 60 Pf. 1.00
- Teller flach und tief 18 bis 25 Pf.
- Litermaße 1/2 u. 1 Liter . . . 35, 60 Pf.
- Wassertrichter 20 bis 50 Pf.
- Kuchenformen 1.00
- Seifenhalter 30 Pf. 35 Pf.
- Wasserleitungsbleche 1.40
- Wasserkrüge bauchig 80 Pf. b. 1.80
- Wasserkrüge konisch 1.35 bis 2.25
- Wassereimer ca. 28 u. 30 cm 1.35 1.75

- Mehlspeiseformen Weißblech 80 Pf. b. 1.25
- Springformen Weißblech . . 1.35 bis 1.75
- Königskuchenformen Weißblech 55 Pf. b. 1.25
- Backformen verschieden . . 55 Pf. bis 1.75
- Backbleche rund 1.35 bis 2.15
- Wäscheleinen 12flädig . . . 6.75 10.25
- Wäscheleinen 6flädig 2.75 4.00
- Wäscheklammern Schock 30, 35, 40 Pf.
- Wichs- und Putzkästen 45, 60, 80 Pf.
- Servierbretter Buche u. Eiche 1.35 bis 3.25

- Fleischhackmaschinen . . . 4.75 5.75
- Brotschneidemaschine „Martha“ . 6.00
- Brotschneiden m. rund. Messer 7.25 8.75
- Gaskocher 2 Loch 9.00 2 Loch 2 Wärmer 12.50
- Waschtische lackiert . . . 4.50 bis 10.50
- Waschfässer Zink 7.75 bis 15.50
- Waschfässer Zink m. Wulst 13.50 bis 18.00
- Spülzuber Zink 9.00 bis 12.50
- Wäschmangeln 23.00 bis 25.00
- Gestellmangeln 38.00

Dekorierete Artikel

- Wasserkessel für Gas . . . 2.75 bis 3.40
- Wasserkessel mit Absatz 3.35 3.50
- Kaffeekannen 1.00
- Kaffeebretter 95 Pf.
- Wassereimer m. Deckel dekoriert 2.75
- Kehrichteimer m. Deckel 3.50

- Scheuergarnituren Sand, Seife, Soda 3.00
- Wasserleitungsbleche 2.00
- Wasserkrüge konisch 2.50
- Milchtöpfe bauchig 35 bis 1.80
- Schlafzimmer-Eimer mit Einlage, weiß-gold 6.50

Gartengeräte

- Rasenmähdmaschinen 24, 25, 26 M.
- Gartenschlauch mit Einlage, 1/2 Zoll, Meter 2.75
- Schlauchrollen eiserne . . . 8.50 16.00
- Gießkannen verzinkt . . . 5.25 bis 7.25
- Gießkannen lackiert 3.25 3.60
- Obstgestelle in Holz 12.50 13.50
- mit Schloss 20.50 23.00 25.00 28.00

- Obst- u. Gemüse-Dörrapparat 1.45
- Einkochbüchsen Weißblech 60 bis 85 Pf.
- Fruchtsaftbeutel 1.10
- Blechdosenöffner 22 Pf.
- Kirschkernmaschine 2.20
- Pflaumentkerner 95 Pf.
- Kartoffelschälmaschinen sehr sparsam im Gebrauch 6.50 7.50
- Besonders für neue Kartoffeln

Felsen-Emaille **Waschkessel** Verzinkt
in verschiedenen Größen besonders preiswert

Ständiger Verkauf: **Eisschränke** Bestes Fabrikat
mit Zink ausgeschlagen oder mit Glasplatten ausgelegt in verschiedenen Größen und Preislagen.

Lebensmittel

- ### Räucherwaren
- Sprottbüchlinge Pfund 1.30
 - Kieler Büchlinge Stück 15 Pf.
 - Makrelen geräuchert, Stück von 28 Pf. an
 - Schellfische geräuchert . . . Pfund 1.25
 - Prima Fludern Pfd. von 80 Pf. an
 - Matjes-Heringe Stück 30 u. 35 Pf.
 - Salzheringe extra große Stücke, St. 35 Pf.

- ### Obst und Gemüse
- Weißkohl Pfund 7 u. 9 Pf.
 - Rotkohl Pfund 14 u. 22 Pf.
 - Kohlrabi mit Grün Pfund 11 Pf.
 - Mohrrüben Pfund 12 u. 15 Pf.
 - Schoten Pfund 28 Pf.
 - Wachs-Bohnen Pfund 25 Pf.
 - Grüne Bohnen Pfund 29 Pf.
 - Radisheschen 4 Bund 10 Pf.
 - Gurken Stück 10 15 25 Pf.
 - Zwiebeln Pfund 13 Pf.
 - Bayr. Rettige Stück 9 12 20 Pf.
 - Weintrauben Pfund 68 Pf.
 - Weintrauben in Kistchen, Inhalt ca. 3 1/2 Pfund 2.70
 - Stachelbeeren Pfund 48 Pf.
 - Reineclauden Pfund 38 Pf.
 - Koch-Birnen, große Pfund 38 Pf.
 - Koch-Aepfel große Pfund 28 Pf.
 - Salander-Birnen Pfund 58 Pf.
 - Spadoni-Birnen Pfund 65 Pf.
 - Tomaten Pfund 35 u. 55 Pf.

- ### Fische
- Schellfische Pfund von 48 Pf. an
 - Kabliau in ganzen Fischen . . . Pfund 1.00
 - Schollen Pfund von 40 Pf. an
 - Horn-Aale Stück von 25 Pf. an
 - Makrelen Pfund 70 Pf.
 - Grüne Heringe Pfund 40 Pf.
 - Lebende Aale Pfund von 1.50 an

Junge Gänse, Küken, Tauben
Junge fette Enten Pfund von 2.25 an
Gänsekloin Stück 3.80 Gänse-Stückenfleisch . Pfund 3.00

Neue Salzheringe in Fäßchen
ca. 34 Stück Inhalt, pro Faß 12.50.

Chronik des Weltkrieges.

17. August 1914.

Amlich wird gemeldet, daß eine kleine Festungsabteilung aus Straßburg am 14. August im Vogesenpaß bei Schirmes eine Schlappe erlitten hat. Sie wurde durch feindliches Artilleriefeuer überfallen und mußte sich mit Zurücklassung der unbrauchbar gemachten Geschütze und Maschinengewehre zurückziehen.

Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ veröffentlicht eine Warnung an Rußland. Da russische Truppen gegen preussische Grenzortschaften jenseitig und brennend vorgegangen seien, erhebe Deutschland Einspruch gegen eine solche dem Völkerrecht zuwiderlaufende Art der Kriegsführung. Wenn durch sie die Kampfweise einen besonders schroffen Charakter annehmen sollte, so treffe Rußland dafür allein die Verantwortung.

Belgien teilt die „Nordd. Allgem. Ztg.“ mit, daß nach der Einnahme von Lüttich die deutsche Regierung Belgien erneut ein Abkommen angeboten habe:

„Deutschland versichert nochmals feierlich, daß es nicht von der Absicht geseit gewesen ist, sich belgisches Gebiet anzueignen, und daß ihm diese Absicht durchaus fernliegt. Deutschland ist noch immer bereit, das belgische Königreich unverzüglich zu räumen, sobald die Kriegslage es ihm gestattet.“

17. August 1915.

An der Westfront Stellungskämpfe. In der Ostfront weiterer Vormarsch der deutschen und österreichischen Armeen. Ein Fort und zwei Zwischenwerke von Nowo-Georgiewsk werden im Sturm genommen. Ebenso mehrere Forts von Korow, Mehr als 9200 Gefangene und 259 Geschütze werden erbeutet.

Aus Groß-Berlin.

Die Milchversorgung der Kinder.

Eine neue Art der Milchversorgung Groß-Berlins ist im Gange. Sie hat ihre Ursache in dem Bestreben, die Milch zu möglichst starker Fettzersetzung heranzuzüchten. In diesen Maßnahmen liegt eine schwere Gefahr für die Kinderwelt. Professor Dr. Langstein, Direktor des Kaiserin-Auguste-Viktoria-Hauses in Charlottenburg, verbreitet sich in recht sachverständigen Ausführungen im „Lokal-Anzeiger“ des Eingehenden über diese Angelegenheit. Er schreibt:

„In normalen Friedenszeiten bedarf das Kind im 1. und 2. Jahre außer der üblichen Beifutts höchstens 1/2 Liter Milch. Wenn Fleisch, Gemüse, Weizen und Getreide zur Verfügung stehen und zu erschwinglichen Preisen zu beschaffen sind, dann kommt das Kind vom 3. bis 6. Jahre mit 1/2 Liter Milch und weniger aus; ja es wird sich ohne gesundheitliche Nachteile durchführen lassen, wenn das Schulkind so gut wie milchfrei ernährt wird, natürlich immer nur unter der Voraussetzung, daß die anderen Nahrungsmittel zur Verfügung stehen. (Für die ärmsten Bevölkerungsteile gilt das auch im Frieden nicht.) Die Kriegsverhältnisse müssen eine Veränderung des Vorgehens herbeiführen; denn da angesichts des Fleischmangels es nicht möglich ist, dem Kinde im Spielalter noch zweiten bis sechsten Jahre und dem Schulkinde bis zur Schulentlassung genügende Mengen Eiweiß durch Fleisch zuzuführen, die es notwendig ohne eine Ersatzmöglichkeit für sein Wachstum braucht, müssen wir uns für das Kind nach anderen Eiweißquellen umsehen. Als solche Eiweißquelle kommt angesichts der Unmöglichkeit ausreichender Beschaffung von Käse und Eiern — auch aus gesundheitlichen Gründen — nur die Milch in Frage. Nun besteht aber, wie mir wohl bekannt ist (hervorgehoben durch das Bestreben, mit Mäglichkeit auf den großen Mangel an so viel Milch als möglich zu beschaffen), die Absicht, nur dem Spielkinde noch ein gewisses Milchquantum zu bewilligen, für das Schulkind in Groß-Berlin jedoch die Milch völlig anzuzuführen. Ich weiß nicht, wie weit die Verhandlungen in dieser Richtung bereits gediehen sind, möchte aber der Hoffnung Ausdruck geben, daß die maßgebenden Behörden von einem solchen Schritt, die Milch dem Schulkinde gänzlich vorzuenthalten, Abstand nehmen werden. Die Milchversorgung von Groß-Berlin ist tatsächlich eine solche, daß es möglich ist, für jedes Schulkind 1/2 bis 3/4 Liter Milch zur Verfügung zu halten. Das ist aber auch das geringste Maß, welches das Schulkind nötig hat. Ich möchte natürlich nicht, woher es sonst seinen Eiweißbedarf decken soll und wie gesundheitliche Schädigungen vermieden werden könnten; denn die Fleischmenge, die dem einzelnen zugemessen ist, reicht doch nicht im entferntesten aus. Dagegen gibt diese Milchmenge, die ich fordere, doch halbwegs die Möglichkeit, dem Eiweißbedarf des wachsenden Organismus zu genügen und in Zusammenhang mit Brot, Gemüse eine, wenn auch nicht ideale, so doch immerhin keine schweren gesundheitlichen Folgen nach sich ziehende Ernährung zu gewährleisten.“

Daß diese Milch in wirklich hygienisch einwandfreiem Zustande geliefert werden muß, liegt auf der Hand. Das ist auch der Grund, warum ich ein Gegner bin, Kindern, namentlich so weit sie jünger sind, Magermilch zu verabfolgen, die zwar einen ausreichenden Eiweißgehalt hat, aber neben ihrem Fettmangel so viele Keime enthält, daß sie nicht unter allen Umständen als ein für Kinder ungefährliches Nahrungsmittel angesehen werden kann. Hier wird es Aufgabe der Technik sein, Verbesserung in der Gewinnung der Magermilch zu erreichen; solange sie nicht vorhanden sind, ist die Magermilch infolge ihres Keimgehaltes für Kinder ein Nahrungsmittel zweiten Ranges. Mit Rücksicht auf die Anforderungen, die wir an die Güte der Milch als Nahrungsmittel, besonders auch mit Rücksicht auf die Kinder stellen müssen, ist es vollkommen verständlich, daß die Milchversorgung der Groß-Berliner beabsichtigt, nur die kleinen Milchhändler zur Lieferung von Vollmilch heranzuziehen und für Großbetriebe nur Magermilch zuzulassen. In die Sprache der Hygiene übersetzt, heißt dies, daß musterhafte Betriebe, welche über alle Einrichtungen verfügen, die für eine sorgemäße Behandlung der Vollmilch notwendig sind, zurückgesetzt werden hinter anderen Betrieben, bei denen diese Garantie auch nicht im entferntesten in gleicher Weise gegeben ist. Vom Standpunkte derjenigen Stellen, denen an einer Gewinnung von möglichst viel Fett gelegen ist, kann ich die angeführten Verordnungen und Absichten verstehen; vom Standpunkte des Arztes und Hygienikers, dem die Aufgabe zuzfällt, den kindlichen Nachwuchs über die Kriegszeit unter allen Umständen ungeschädigt hintezubringen, muß ich sie auf das entgegengesetzte bekämpfen.“

Diese Darlegungen sind sicher sehr beachtenswert. Für viele Arbeiterfrauen ist heute schon die Ernährung ihrer kleinen

Kinder mit den größten Schwierigkeiten verknüpft. Ihnen fehlen heute schon all die Materialien, insbesondere Getreide usw., die sie für Suppenherstellung für die Kinder benötigen.

Einheitliche Milchkarten für Groß-Berlin.

Für die Zeit nach dem 31. August 1916 werden für Groß-Berlin einheitliche Milchkarten ausgegeben. Nach dieser Regelung erhalten Kinder, die nach dem 1. Juli 1914 geboren sind, einen Liter Vollmilch täglich; Kinder, die in der Zeit vom 1. Juli 1912 bis 30. Juni 1914 geboren sind, 1/2 Liter Vollmilch täglich, und Kinder, die in der Zeit vom 1. Juli 1910 bis 30. Juni 1912 geboren sind, 1/4 Liter Vollmilch täglich. Für Kinder, die in der Zeit vom 1. Juli 1908 bis 30. Juni 1910 geboren sind, werden besondere (grüne) Milchkarten ausgegeben. Welche Art Milch und welche Menge auf diese grünen Milchkarten entnommen werden kann, wird noch besonders festgelegt. Schwangere Frauen in den letzten drei Monaten vor der Entbindung erhalten 1/2 Liter Vollmilch täglich und Kranke auf Grund einer ärztlichen Bescheinigung bis zu einem Liter Vollmilch täglich.

Die Karten werden in jeder Gemeinde nach deren besonderen Bestimmungen ausgegeben.

In Stadtbezirk Berlin erfolgt die Milchkartenverteilung wie bisher durch die Protokommisionen. Die Haushaltsvorstände haben sich zur Empfangnahme der Karten zu den Protokommisionen zu begeben und ihre und ihrer Kinder Eintragung in die Milchkartenliste zu bewirken. Zum Nachweis der Geburtsjahre der Kinder haben die Haushaltsvorstände Geburtsurkunden, Taufscheine oder sonst geeignete Urkunden vorzulegen; sie haben ferner eine Bescheinigung ihres Hausbesizers oder dessen Stellvertreters über die Zahl der in ihrem Haushalt befindlichen, nach dem 1. Juli 1908 geborenen Kinder vorzulegen. In deren Ausfertigung ist der Hausbesitzer verpflichtet. Die Protokommisionen werden an ihren Bureaucliquen anfragen, welche Straßenzüge sie an den einzelnen Tagen erledigen wollen. Die Eintragsfrist erstreckt sich vom 18. bis 23. d. M.

Die schwangeren Frauen und Kranken — auch stillenden Frauen, soweit sie krank sind — erhalten ihre Milchkarten in Berlin nach wie vor von der Zentralstelle für Krankenernährung. An der Art der Ausfertigung dieser Karten wird nichts geändert. Die von der Zentralstelle für Krankenernährung bisher festgesetzten Grundsätze bleiben auch weiterhin in Kraft.

Die Kundenliste.

Mit den neuen Groß-Berliner Milchkarten haben sich die Haushaltsvorstände bei dem Milchhändler anzumelden, bei welchem sie ihre Milch künftig zu beziehen gedenken. Der Milchhändler, der zurzeit Milch unmittelbar an Verbraucher abgibt oder sein Geschäft wieder eröffnet, ist zur Auflegung der Kundenliste verpflichtet und hat alle Anmeldungen anzunehmen. Für die Kundenliste hat er die von der Milchverorgungsstelle Groß-Berlin vorgegebene Formulare zu verwenden. Die Formulare sind bei der Milchverorgungsstelle Groß-Berlin, Berlin C. 2, Poststraße 13, Hof 2 Treppen, sowie auch in den einzelnen Gemeinden in den von diesen bezeichneten Stellen zu erhalten. Die Händler, die Anmeldungen entgegennehmen, haben in der Zeit vom 18. bis 23. August 1916 ihre Geschäftskarte an den Wochentagen von spätestens 8 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags und von 5 bis 8 Uhr nachmittags, sowie Sonntags von spätestens 8 bis 10 Uhr vormittags offen zu halten. Die Milchhändler dürfen durch einen einfachen Auslass in ihrem Geschäft bekanntgeben, daß Kundenlisten zur Eintragung von Anmeldungen für den Milchbezug aufgelegt, und daß diese am Mittwoch, den 23. August 1916 geschlossen werden. Im übrigen ist ihnen jede Reklame zur Anlockung von Kunden unterlagt.

Die Anmeldung geschieht in der Weise, daß der Karteninhaber, oder der Haushaltsvorstand seine oder die auf den Haushalt entfallenden Milchfordern vorlegt und der Milchhändler die an den Karten befindlichen Anmeldebahnen abträgt und an sich nimmt. Nachdem der Milchhändler jedoch die durch das Formular vorgegebene Eintragung gemacht hat, hat er auf der Rückseite des Mitbestandes der Milchkarte die Nummer der Eintragung, sowie die etwaige besondere Bezeichnung der einzelnen Milch und seinen Namen oder die Firma seines Geschäftes zu vermerken. Diesen Vermerk kann auch der Karteninhaber machen. Die Anmeldung ist in jedem Falle erst gültig, nachdem die Milchkarten diesen Vermerk erhalten haben.

Die Kundenlisten sind am 23. August 1916 zu schließen, und der Milchverorgungsstelle Groß-Berlin, Berlin C. 2, Poststraße 13, Hof 2 Treppen, so rechtzeitig zu übersenden, daß sie sich spätestens am 24. August vormittags 12 Uhr in ihren Händen befinden. Der Kundenliste sind die abgetragenen Anmeldebahnen beizufügen, und zwar sind die grün schraffierten von den übrigen sorgfältig zu trennen. Die Anmeldebahnen werden dem Milchhändler wieder zugesandt, nachdem auf ihnen der Name oder die Firma des Geschäftsinhabers vermerkt worden ist, dem die Lieferung des Geschäftes übertragen wird.

Die Milchnot bei den kleinen Händlern.

Die Milchknappheit ist am schlimmsten bei den kleinen Händlern, den sogenannten Abnehmern, die sich nicht selber eine Milchpackung leisten können, sondern ihre Milch von einem anderen Pächter beziehen. Der Milchpächter, der so einen Abnehmer mit versorgt, hat ja noch seinen eigenen Laden und denkt dann eher an die Befriedigung seiner Ladenlandschaft als an die Lieferungen für den Abnehmer, gegenüber dem er in dieser Zeit der Milchknappheit eine Bindung durch Vertrag überhaupt nicht für nötig hält. Im „Vorwärts“ wurde auf die Notlage, die sich da für die Abnehmer herausbildete, schon vor einigen Monaten hingewiesen und hervorgehoben, daß solche Zustände schließlich auch für die Milchverbraucher sehr unangenehm sind.

Nachdem die Einführung von Milchkarten diese Entwicklung leider begünstigt hatte, soll jetzt durch die vorläufige Verordnung über die Milchversorgung wenig daran geändert werden. Zwar bestimmt § 1, daß der Großhändler fortan dem Weiterveräußerer womöglich wieder dieselbe Milchmenge wie Anfang März 1916 liefern muß. Aber § 2 gibt dem Großhändler das Recht, wegen Mangel der Milch zur den Anteil des Weiterveräußerers entsprechend zu kürzen, jedoch für den eigenen Kleinverkauf den Bedarf im voraus voll zu decken. Hierin erwarten die kleinen Milchhändler eine weitere Schädigung, die zu ihrem völligen Untergang führen könne. Sie fordern eine gleichmäßigere Verteilung der Milch, wobei auch der Kleinhändler ausreichend zu berücksichtigen sei. In einer öffentlichen Milchhändler-Versammlung, die vom „Verband der Milchhändlervereine Groß-Berlins (Abnehmervereine)“ am Dienstag nach der „Alhambra“ einberufen war, trugen sie ihre Klagen vor.

Referate der Milchhändler Paul Rückert und Wilhelm Mann schilderten die Wirkungen der Milchnot auf den Kleinhandel und machten Vorschläge zur Abhilfe. Erzählt wurde da, daß kleine Händler, die früher 180, 160 und mehr Liter bezogen, jetzt mit 20 Liter abgefunden werden. (Zurufe: 10 Liter! Gar nichts!) Je weniger Milch die Pächter den Abnehmern liefern desto mehr Verbraucher müssen von den Abnehmern zu den Pächtern übergeben. So ist es gekommen, daß Milchpächter, die früher im eigenen Laden nur 120 Liter los wurden, jetzt 500,

ja 1000 und mehr Liter pro Tag absetzen können. Pächtern sei, führte Mann aus, sogar ein wöchentlich zweimaliges Buttern möglich, wobei man freilich fragen müßte, was dann aus der Magermilch werde. Auf den Zuruf „Vollmilch!“ antwortete Referent: „Da habe ich viel zu viel Achtung vor den Pächtern — so was machen die nicht.“ (Stürmische Heiterkeit.) Zur Sprache wurde gebracht, daß die Kleinhändler mit der Gemeinde Weihensee, die selber als Milchlieferantin auftritt, nicht besser daran seien.

Man befürchtet, daß die aus Pächterkreisen laut gewordene Ansicht, ein Kleinhändler mit weniger als 40 Liter Tagesbedarf für Kartenkunden sei überhaupt nicht bei der Milchverteilung zu berücksichtigen, in die Tat umgesetzt werden könnte. Die Kleinhändler halten für richtig, bei der endgültigen Regelung der Milchverteilung etwa die Liefermengen aus dem vorigen Jahre zugrunde zu legen, wobei die Wirkungen der hauptsächlich erst später eingetretenen Hinderbrängung der Verbraucher zu den großen Händlern ausgeglichen werden. Zu fordern sei neben einem Milchergänzungsanspruch auch ein Milchverteilungszwang. Petitionen wegen besserer Verteilung, die bereits an das Kriegsernährungsamt und an den Berliner Oberbürgermeister gerichtet wurden, haben bisher nur den Erfolg einer wohlwollenden Beantwortung gehabt. Zur Wahrung der Milchhändlerinteressen gegenüber den Milchpächtern empfahlen die Referenten — unter lebhaftem Beifall der sehr zahl besuchten Versammlung — den Zusammenschluß zu einer festen Organisation.

In der Erörterung, die sich angeschlossen, wurde von allen Rednern die gegebene Schilderung bestätigt und die Mahnung zum Zusammenschluß unterstützt. Milchhändler Leiter, Vertreter in der Preisprüfungsstelle, erklärte, Berlin habe bis 31. Juli d. J. noch mehr als die Hälfte der in Friedenszeiten bezogenen Milchmenge erhalten nur die Verteilung sei nicht richtig.

Einmütig wurde eine Resolution angenommen, die an die maßgebenden Behörden die dringende Bitte richtet, eine gerechte Verteilung der Milch in die Wege zu leiten, da die vorläufig eingeleitete Regelung den auch von der versagenden Stelle erwarteten Erfolg durchaus nicht gehabt hat. Die Resolution führt aus: „Die Gründe liegen einerseits in der Nichtbeachtung oder Umgehung der erlassenen Verordnung seitens eines Teils der Milchgroßhändler, andererseits darin, daß z. B. die Gemeinde Weihensee, die als Großhändler an Hunderte von Milchhändlern in Berlin, Lichterberg, Neufeld, Steglitz, Friedenau Milch zu liefern hat, sich von der Gemeinschaft der Groß-Berliner Gemeinden in der Milchverorgungsfrage ausgeschlossen hat. Die Versammlung bittet, diese unbilligen Zustände, welche den vollständigen Ruin von Hunderten von Milchhändlern herbeiführen müssen, energisch zu beseitigen.“ Schließlich wird für notwendig erklärt, daß zu den Beratungen über eine endgültige Regelung der Milchverteilung Vertreter des Milchhändlerzuges zugezogen werden.

Ernährungsfragen im Rathause.

Die sozialdemokratische Fraktion der Berliner Stadtverordnetenversammlung hat beschlossen, folgenden Antrag im Rathause einzubringen:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, alle geeigneten Maßnahmen zu treffen, um die Versorgung Berlins mit Nahrungsmitteln während der Wintermonate sicherzustellen und beim Kriegsernährungsamt zu beantragen, daß die viel zu hohen Höchstpreise für Brot, Kartoffeln, Fleisch und Fett herabgesetzt werden.

60 Gramm Butter, 30 Gramm Margarine.

In der nächsten Woche vom 21. August ab kommen wiederum pro Kopf 60 Gramm Butter und 30 Gramm Margarine in Groß-Berlin zur Verteilung.

Städtische Gänse. Die Stadt Berlin hat wiederum 1000 Stück gemästete und geschlachtete Gänse gekauft, welche in den städtischen Markthallen in diesen Tagen zum Verkauf gelangen.

Die Inzuchtverordnungsstelle des Magistrats erläßt heute eine Bekanntmachung, daß die Abschnitte 2-7 der Stützstoffkarte II eingeleitet werden können. Anforderungen von Stützstoffkarten sind auf Postkarte an die Inzuchtverordnungsstelle des Magistrats im Rathaus Zimmer 96 zu richten. Jeder Haushalt ist nur zur Entnahme einer Karte berechtigt. Die Zulassung erfolgt als postpflichtige Dienstsache. Eine Anweisung zum Gebrauch des Stützstoffes wird beigefügt.

Erweiterung des Paketverkehrs mit Belgien.

Vom 21. August ab werden im Verkehr zwischen Deutschland und dem Gebiet des General-Gouvernements in Belgien gewöhnliche Postpakete bis zu fünf Kilogramm zugelassen. Der Verkehr regelt sich im allgemeinen nach den Vorschriften des internationalen Postpaketverkehrs. Das Franco für ein Paket beträgt 1 Fr. 50 Cent, gleich 1 M. 20 Pf., es besteht dabei Francozwang. Dem Inhalt dürfen keine Briefe oder schriftliche Mitteilungen irgendwelcher Art beigegeben werden. Es ist in allen Fällen Sache des Absenders, sich genau zu erkundigen, ob die zu versendenden Gegenstände in das Bestimmungsland eingeführt werden dürfen. Pakete nach Deutschland werden in den deutschen Zollorten geprüft und verzollt, Pakete nach Belgien sämtlich in Herbesthal. Nachnahme ist bis zu 500 M. (1000 Fr.) zugelassen. Nicht zugelassen sind dagegen Wertangaben, Einschreibung, dringende Pakete, Eisbestellung und Rücksende. Im Gebiet des General-Gouvernements nehmen am Postpaketverkehr mit Deutschland vorerst die Orte teil, in denen sich Postämter unter Leitung deutscher Beamten befinden; das sind zurzeit 67. Einwohnern anderer Orte im General-Gouvernement bleibt es überlassen, ihre Pakete beim nächsten Paketamt aufzuliefern oder sie sich dahin senden zu lassen.

Kettenhandel und Preisprüfungsstelle.

Nach § 12 der Kettenhandelsverordnung vom 24. Juni 1916 sind Zeitungsanzeigen und sonstige für einen größeren Personenkreis bestimmte Mitteilungen (Zirkulare und dergleichen), in denen Kaufgesuche oder Aufforderungen zur Abgabe von Preisangeboten für Lebens- und Futtermittel enthalten sind, nur mit Genehmigung der Preisprüfungsstelle zulässig. Zuständig ist die Preisprüfungsstelle des Ortes der gewerblichen Niederlassung oder des Wohnsitzes des Anzeigenden. Die Gesuche um Genehmigung sind für Berlin an die Preisprüfungsstelle Groß-Berlin, Breitestr. 11, schriftlich zu richten und müssen den Text des Antrags, sowie Angaben darüber enthalten, ob der Anzeigende den Antrag auf Zulassung zum Handel mit Lebens- oder Futtermitteln bis zum 1. August rechtzeitig gestellt oder seine Zulassung erhalten hat; nachweislich hierüber sind beizufügen. Ferner muß angegeben werden, für welchen Zweck die aufzukaufende Ware bestimmt ist; Agenten, Vermittler, Makler müssen angeben, für wessen Rechnung oder in wessen Auftrag sie handeln.

Fabriklieferung.

An den Speisungen aus den städtischen Zentralküchen sind auch die Fabrikarbeiter dadurch stark beteiligt, daß die Fabriken von dort das Essen für sie abholen lassen. Die Zahl der auf diesem Wege aus den neuen Gemeinden bezogenen Portionen

ist dauernd im Steigen begriffen. Bei vielen Fabrikhabern besteht nun, wie sich gezeigt hat, die Auffassung, daß die Beteiligung davon abhängig sei, daß sie mindestens 500 Arbeiter beschäftigen. Diese Annahme ist nicht zutreffend. Die Zahl von 500 Arbeitern ist von staatlicher Seite festgestellt, um bei der unmittelbaren Versorgung der Fabrikantinnen mit Nahrungsmitteln eine sichere Grundlage zu haben. Bei den städtischen Speisungen spielt diese Zahl gar keine Rolle. Tatsächlich versorgen bereits viele Fabrikbetriebe, in denen weniger als 500 Personen beschäftigt sind, ihre Arbeiter aus den neuen Gemeindefächern.

Arbeiter-Bildungsschule. Heute Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, im Hrsaal der Schule, Lindenstr. 3, 4. Hof rechts 3 Treppen: Wissenschaftlicher Einzelvortrag. Genosse Eduard Bernstein wird über den Gothaer Einigungs-Loungrest (17. August 1875) sprechen. Eintrittspreis 10 Pf.

Ein „Bahnhofsmarder“ wurde gestern wieder unerschütterlich gemacht. Ein früherer Barbier August Reintger gehört zu den Leuten, die auf den Bahnhöfen ständig herumlungern, um unerfahrene und vertrauensselige Landarbeiter auszuwählen. Er scheint auch vor Gewalt nicht zurück. Erst kürzlich aus dem Gefängnis entlassen, nahm er sofort sein altes Treiben wieder auf. Gestern machte er sich an Arbeiterinnen heran, die vom Lande kamen und nun in Berlin sich nach neuer Beschäftigung umsehen wollten. Er fand auch eine heraus, die seiner Versicherung, daß er ihr dabei helfen könne, glaubte. Reintger verschleppte die Frau in eine Schankwirtschaft, gab ihr hier zum Westen und hatte bald herausgefunden, wo sie ihr Portemonnaie mit 120 M. aufbewahrte. Unter dem Schein der Bartlichkeit entriß er ihr den Schatz und versuchte zu verschwinden. Diesmal verrecknete er sich aber. Die Frau war entschlossener, als er glaubte, und holte den nächsten Schutzmänn. Dieser erwißte den „Marder“ noch und nahm ihn fest. Reintger, der das Portemonnaie noch besaß, bestritt, einen Raub beabsichtigt zu haben, und behauptete auch, das Portemonnaie habe nur einen Kettel enthalten. Der Befand sich allein auch noch darin. Die 120 M. aber hatte er unterdessen auf dem Hofe versteckt und dort wurden sie auch gleich gefunden.

Aus den Gemeinden.

Die Milchkartenausgabe in Charlottenburg.

Zur Vermeldung von Jermilern sei ausdrücklich darauf hingewiesen, daß in Charlottenburg die Haushaltungen, die Kinder im Alter bis zu zehn Jahren haben, nicht selbst ihre Milchkarten bei den Protokommissionen in Empfang zu nehmen haben. In Charlottenburg ist bereits am Montag und Dienstag eine Hausliste an die Hausbesitzer herausgegeben, die den einzelnen Haushaltungen zur Eintragung der Kinder vorgelegt wird. Diese Hausliste hat der Hausbesitzer oder sein Stellvertreter bis Sonnabend, den 19. August, an die Protokommission zurückzugeben. Die Milchkarten selbst erhält der Hausbesitzer am Montag, den 21. August, bei den Protokommissionen zur Verteilung an die Haushaltungen. Die Eintragung in die Kundenliste bei den Milchhändlern ist spätestens bis zum 23. August einschl. vorzunehmen.

Regelung des Fleischverbrauchs in Wilmersdorf.

Die bisherigen Kundenverzeichnisse behalten für die erste Woche der am 21. August 1918 beginnenden neuen Fleischartenperiode Gültigkeit. Zum Zwecke der Eintragung in das neue, vom 28. August ab in Kraft tretende Kundenverzeichnis sind die Inhaber der Fleischereischäfte verpflichtet, ihre Läden Montag, den 21., Dienstag, 22., Mittwoch, 23., Donnerstag, 24., und Freitag, den 25. August, bis abends 8 Uhr offen zu halten. Für die beiden städtischen Fleischhallen finden die Anmeldungen zur Eintragung in besonderen Nummernbestellen statt. Diese sind von Montag, den 21., bis Freitag, den 25. August, täglich von 8—3 Uhr geöffnet. Für die Aufstellung und die Handhabung der neuen Kundenverzeichnisse gelten die früheren Bestimmungen. Für Haushaltungen wird auf Nummer 8 der IIIa Lebensmittelkarte Sachgarin abgegeben.

Musterung der Wehrpflichtigen im Kreise Niederbarnim.

Der Landrat des Kreises Niederbarnim bringt den Geschäftsplan einer erneuten Musterung von Wehrpflichtigen im Kreise Niederbarnim zur Kenntnis und fordert die Gemeindebehörden auf, alle in ihren Bezirken aufhaltenden Militärpflichtigen und unangebildeten Landsturmpflichtigen der Jahrgänge (Geburtsjahre) 1897 bis 1909 (einschließlich der in den Jahren 1895—1876 geborenen früheren Dauernuntauglichen), welche bei früheren Kriegsmusterungen die Entscheidung zeitig garnisonverwendungsfähig (zeitig g. v.), zeitig arbeitsverwendungsfähig (zeitig a. v.), zeitig garnison- und arbeitsverwendungsfähig (zeitig g. u. a. v. u.) erhalten haben oder als zeitig untauglich vorläufig zurückgestellt worden sind, an den bezeichneten Tagen morgens 8 Uhr der königlichen Ersatzkommission vorzustellen. Zu dieser Musterung sind auch etwa noch im Kreise aufhaltende Militärpflichtige und unangebildete Landsturmpflichtige (einschließlich der in den Jahren 1895—1876 geborenen früheren Dauernuntauglichen), welche es veräumt haben, sich zu einer Kriegsmusterung zu stellen, zu beordern. Reklamationen um Zurückstellung wegen häuslicher Verhältnisse sind von den Gemeindevorständen auszufertigen und mit der vorgeschriebenen Bescheinigung der Ortspolizeibehörde versehen mit einzureichen, spätestens aber im Musterungstermin vorzulegen. Werden die Reklamationsgründe aus der Arbeits- oder Aufsichtsunfähigkeit der Angehörigen hergeleitet, so müssen diese im Musterungstermin miterklären. Diejenigen, welche krankheitshalber am persönlichen Erscheinen im Musterungstermin verhindert sind, haben eine ärztliche Bescheinigung, deren Unterschrift polizeilich beglaubigt sein muß, einzureichen.

Zu den Parteidifferenzen in Teltow-Beeskow.

Treptow-Baumshulenkweg. Der hiesige Ortswahlverein nahm in zwei getrennten Sitzungen Stellung zu den Vorgängen innerhalb des Kreises und zur Kreisgeneralsversammlung vom 28. Juli. In beiden Ortsteilen war sowohl die Beteiligung als auch die Diskussion eine äußerst rege. Allgemein wurde das Verhalten des früheren Kreisvorstandes aufs Schärfste verurteilt. Die Versammelten waren sich darin einig, daß den Zersplitterungsversuchen der Anhänger des früheren Kreisvorstandes mit aller Kraft entgegenzutreten sei. In Treptow wurde nachstehende Resolution mit allen 88 Stimmen angenommen:

„Der heute am 9. d. M. tagende starkbesuchte gemeinsame Jahrsabend nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem Schritte der Neugründung eines Vereins unter der Flagge „Wahlverein Treptow-Baumshulenkweg“. Da dieser Vorgang der „Partei-einheit direkt Hohn spricht, lehnen es die Genossen ab, diesem parteischädigenden Treiben irgendwie Gefolgschaft zu leisten. Als Antwort darauf halten es die Genossen für ihre Pflicht, nimmermehr noch fester und geschlossener für ihre Grundsätze und für die Festigkeit ihrer Ortsorganisation einzutreten.“ Gleichen Grundfassen huldigten die in Baumshulenkweg versammelten 65 Genossen. Als 1. Vorsitzender wurde hierauf allerseits Genosse Scholze vorgeschlagen. Unter Verschiedenem wurde Stellung genommen zur Lebensmittelförderung; die Gemeindevertreter erhielten den Auftrag, dafür einzutreten, daß zur Lebensmittelförderung des Ortes auch zwei Genossen und zwei Genossinnen zu wählen sind.

Aus Ägypten erhielten wir folgende Zuschrift:

Der Wahlverein hielt am Montag, den 14. August, eine gutbesuchte Mitgliederversammlung ab. Genosse Herbst erstattete zunächst Bericht von der am 6. August stattgefundenen Kreisgeneralsversammlung. Nach kurzer Debatte nahm die Versammlung den Bericht zum Kenntnis. Sodann berichtete der Vorsitzende Genosse Wähler über die Organisationsstreitigkeiten am Orts. Die zur Opposition gehörenden Parteigenossen des Bezirks Damm-Vorstadt haben in einer besonderen Sitzung beschlossen, sich als neuen Wahlverein zu etablieren und haben auch einen neuen Vorstand gewählt. Dies ist auch den Parteigenossen durch ein Flugblatt zur Kenntnis gebracht. Der Vorstand ist der Meinung, daß diejenigen Parteigenossen, die sich dem neugegründeten Verein anschließen und dorthin ihre Beiträge zahlen, nicht auch gleichzeitig im alten Verein ohne Beitragszahlung Rechte ausüben können. Die Diskussion bewegte sich durchweg in zustimmendem Sinne. Nur ein Genosse suchte das Verhalten der Opposition zu rechtfertigen. Schließlich wurde folgender Antrag gegen eine Stimme angenommen:

„Wer dem unter Führung der Genossen Fritz Heidrich und Albert Beher neugegründeten sogenannten „Wahlverein Ägypten“ beitrete, scheidet damit aus dem alten Wahlverein aus, da eine gleichzeitige Mitgliedschaft in beiden Organisationen mit den Pflichten gegenüber der Gesamtpartei nicht vereinbar ist.“

Da der bisherige Wahlvereinsleiter verstorben ist, wurde an seiner Stelle der Genosse Rudolf Krüger gewählt. Die Vorbereitung der Stadtverordnetenwahlen wurden dem Vorstand unter Zuziehung der Genossen Lehmann, Heideck und Karl Schulz sowie von Vertretern der Fraktion übertragen.

Nach Erledigung einiger kleinerer Anfragen wurde die Versammlung geschlossen.

Soziales.

August Scherl vor dem Kaufmannsgericht.

Die Berliner Verlagsgesellschaft August Scherl mußte in der letzten Sitzung der 5. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts befehrt werden, daß ein Chef zur Annahme der Handlungsgeldhilfe verpflichtet ist, wenn er sie „unter Vorbehalt des Eingangs günstiger Auskünfte“ engagiert und günstige Auskünfte erhalten hat.

Die Firma hatte eine Buchhalterin vorbehaltlich günstiger Auskünfte angestellt, weigerte sich dann aber, die Gehilfin einzustellen, weil die Auskünfte angeblich schlecht ausgefallen waren. Nach einer Woche forderte sie aber die Angestellte auf, anzutreten. Das lehnte die sich schwer gekränkt Fühlende ab. In der Verhandlung hielt die beklagte Firma ihren Standpunkt aufrecht, daß sie auf Grund der Vertragsabrede zur Ablehnung der Einstellung der Klägerin berechtigt gewesen war, denn die Auskünfte seien ungünstig gewesen. Um sich selber ein Bild davon zu machen, beschloß das Gericht, die Auskünfte zur Verlesung zu bringen. Es zeigte sich, daß die Mehrzahl der Auskünfte bedingungslos gut waren, während zwei ganz unsachlich gehalten waren und eine ganz persönlich animöse Färbung hatten. In der einen dieser beiden Auskünfte wird der Buchhalterin nachgesagt, daß sie „nicht flott genug war“, während es in der anderen heißt, daß Frä. L. „sehr nobel auftrat, was Vergernis bei den Klagegeklagten erregte“ und daß sie „nach Geschäftsabluß sehr leicht“ war.

Das Kaufmannsgericht sprach der Klägerin das Gehalt bis zum Tage der Aufforderung zum Antritt zu. Auch das weitere Gehalt wäre ihr zugesprochen worden, wenn sie nicht den Fehler begangen hätte, die Aufforderung zum Antritt abzulehnen. Das Kollegium ließ durch den Mund des Vorsitzenden verlauten, es habe auf das Gericht einen sehr schlechten Eindruck gemacht, daß eine so große Gesellschaft auf Grund berartiger unsachlicher Zuträgerien eine Anstellung rückgängig mache.

Erlaß der Gewerbereferendarprüfung.

Wie die vom Preussischen Kriegsministerium herausgegebenen „Anstellungsnachrichten“ mitteilen, wird es möglich sein, Offiziere der Pioniere, der Eisenbahn-, Telegraphen-, Kraftfahr-, Luftschiffer- und Pfliegertruppen, die im jetzigen Kriege ihre Felddienstfähigkeit verloren haben, trotzdem aber noch genügende körperliche und geistige Rüstigkeit besitzen, zur Vorbereitung für den Gewerbeaufsichtsdienst zuzulassen und zu Gewerbereferendaren zu ernennen, ohne daß sie eine der im § 2 der Vorbildungs- und Prüfungsordnung für die Gewerbeaufsichtsbeamten vom 7. September 1907 bezeichneten Prüfungen bestanden haben. Die erste dieser Prüfungen ist entweder die als Regierungsbauführer im Maschinenbau, oder die als Vergereferendar, oder die Diplomprüfung als Hütteningenieur oder als Maschineningenieur, oder die Vorprüfung als Nahrungsmittelchemiker ufm. Die zweite Prüfung, die Gewerbeassessor-Prüfung für Gewerbeaufsichtsbeamte, bleibt bestehen. Diese Ausnahme von den maßgebenden Vorschriften wird jedoch auf solche Offiziere beschränkt bleiben, die das Reifezeugnis einer neunmonatigen höheren Lehranstalt besitzen, die wenigstens zwei Jahre lang die Militärtechnische Akademie mit gutem wissenschaftlichen Erfolge besucht haben und sich nach ihren technischen Kenntnissen und ihrer ganzen Persönlichkeit geeignet erweisen, in den Vorbereitungsdienst für die Stellen der Gewerbeaufsichtsbeamten einzutreten.

Gerichtszeitung.

Ein Dummerjungenstreich.

Die Bestüre von Blättern und Geschichten mit sensationell aufgeputztem Inhalt hat den 16jährigen Arbeitsburschen Max Sch. aus Charlottenburg zu einem sehr törichten Dummerjungenstreich verleitet, der ihn gestern unter der Anklage der Urkundenfälschung und des verjuchten Betruges vor die Ferienstrafkammer des Landgerichts III führte.

Der Junge wurde plötzlich von der Idee beherrscht, nach Rußland zu gehen und dort in irgendeiner Weise sich den deutschen Truppen dienstbar zu machen. Da sah er in dem Schaufenster des Althändlers Giehoff in Wilmersdorf vier Revolver liegen, und da er meinte, daß zu einer romantischen Fahrt nach Rußland, zu der außer ihm vielleicht noch andere befreundete Jungen Lust haben könnten, die Bewaffung mit einem Revolver gewissermaßen Ehrensache sei, so beschloß er, sich in den Besitz der vier Revolver zu setzen. Zu diesem Zweck lockte er zunächst Herrn G. durch einen Nachpostbrief, der ihn zum Abschluß eines Geschäfts in eine entfernte Stadt rief, aus dem Hause und wartete in der Nähe, bis sich G. entfernt hatte. Dann erschien er in dessen Geschäft und überreichte der Frau G. einen Brief, in welchem sich noch ein versiegeltes Schreiben befand. Der Brief hatte folgenden Inhalt: „Mitte dem Ueberbringer dieses Briefes die Revolver sofort zu übergeben; er ist beauftragt von Ihrem Mann, die Revolver in Empfang zu nehmen. Es sind vier Stück, die im Fenster liegen. Im Auftrag Ihres Mannes Fritz Heiman. Den Brief, der versiegelt ist, nicht eher aufmachen, bis Ihr Mann zu Hause ist.“ Frau G. erhielt aber durch den in schauderhafter Orthographie geschriebenen Brief die Ueberzeugung, daß es auf einen Schwindel abgesehen war: der Junge erhielt die ersehnten Revolver nicht, sondern wurde festgenommen. Da wurde dann auch das versiegelte Schreiben geöffnet. In diesem stand folgendes zu lesen: „Wenn Sie diesen Brief lesen, so bin ich schon aus Berlin weg und auf dem Wege nach Warschau. Ich bin aus dem Gefangenenlager in Döberitz entwichen. Ich schide Ihnen, wenn es geht, das Geld für die Revolver aus Rußland zu. Aber schweigen Sie über den Vorfall, sonst geht es Ihnen mit Ihrer Frau schlecht!“ Der Angeklagte gab schließend zu, den törichten Streich begangen zu haben und versprach dem ihn väterlich ermahnenden Vorsitzenden, nie wieder auf solche abenteuerliche Gedanken zu kommen. Das Gericht verurteilte ihn zu 4 Wochen Gefängnis, will ihn aber der bedingten Begnadigung empfehlen.

Milchpantferei.

Der Landwirt Paetsch aus Alt-Töplitz wurde von der Potsdamer Strafkammer zu 100 Mark Geldstrafe wegen Rohrnungsmittelfälschung verurteilt. Er hatte die von ihm verkaufte Milch mit Wasser vermischt. In einem Falle wurde ein Zufuß von zehn Liter Wasser auf 100 Liter Milch festgestellt. Danach dürfte der vom Angeklagten gegogene Nutzen die Höhe der Strafe wohl übersteigen.

Aus aller Welt.

Eine Bluttat in Chemnitz. In einem Hause in der Dorotheenstraße ereignete sich am Dienstag eine schwere Bluttat. In den Abendstunden wurde dort die Leiche des Expedienten Wagner an der Decke hängend mit durchschnitener Kehle aufgefunden. Seine Frau lag gleichfalls tot in einer großen Wulstade auf dem Fußboden mit drei Stichen in der Brust. Der Tatbestand ist noch nicht aufgeklärt. Wahrscheinlich ist der Mann, der stark nervös war, der Täter.

Beim Baden in der Döbse ertrunken. Der Rechnungsrat Woerst aus Berlin-Mariendorf ist, wie ein Telegramm der „Voss. Zig.“ meldet, bei Groß-Dorf-Treptow beim Baden in der Döbse ertrunken.

Parteiveranstaltungen.

Schöneberg. Die Bezirks- und Abteilungsleiter und Leitenden werden ersucht, sofort ihre Adressen an den Vorsitzenden des Wahlvereins, Genossen Ferdinand Schläter, Goltstr. 45 vorn 4 Treppen, einzuliefern.

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Köpenick. Donnerstag, den 17. August, abends 6 Uhr, im großen Sitzungssaal des Verwaltungsgebäudes, Hauptstr. 94. Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindegewählter ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Zentralverband der Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. Berlin I. Sonnabend, den 19. August, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung bei Hermann Schmidt, Prinzenallee 33.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitag mittags. Warm und schwül. Im Westen überwiegend bewölkt und weitverbreitete Regenfälle. Teillich der Ober noch zeitweise heiter. Strichweise Gewitter.



Trustfrei

Trustfrei

„Unsere Marine“-Zigarette

2 1/2 Pfg. einschließlich Kriegsaufschlag

Trotz Steuererhöhung behalten unsere Zigaretten ihre alten anerkannten Qualitäten!

Georg A. Jasmatzi Aktiengesellschaft, Zigarettenfabrik, Dresden-A.